Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer viertheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung.

№ 64. Donnerstag den 4. März 1852.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 2. März. Cavaignac ist gegen den Regierungs-Candidaten mit 14,500 Stimmen in den Legislativ-Körper gewählt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 27. Februar. Die Session der Kammern ist für einige Zeit geschlossen worden. Der Senat hat den Jubilations-Gesetzentwurf in Betreff disponibler Offiziere angenommen.

††† Wochen-Rückschau.

Berlin, 1. März. In England trat das Ministerium ab, mit der Reformbill in der Hand. Wird die Politik der meerherrschenden Insel sich wenden und zum Festlande neigen? Wir glauben nicht an irgend einen Rückschritt; wohl aber ziehen wir aus jenem Ereigniß für uns beschämende Folgerungen.

Lord Russell war in der Minorität, er achtete den formellen Ausdruck der öffentlichen Meinung und das Whigkabinet trat zurück. Protektionisten nehmen vorläufig die Zügel der Regierung in ihre Hände, allein das Volk schläft nicht neben seinen Freiheiten und Hoffnungen, sondern rüstet sich, das neue Ministerium zu überwachen. Die Antikornligue ist in Bewegung, das kontinentale Gespenst der Volksversammlungen erhebt aller Orten sein Haupt, und die Presse steht, die Schwächen erspähend, auf ihrem Posten. Lord Derby wird den Weg der nationalen Interessen wandeln müssen — oder den Platz räumen; es giebt keinen Ausgang aus der schwierigen Lage als wie die Reform. Das nennen wir ein echt konstitutionelles Wesen! Wie stehen die Zeichen dagegen an unserm grauen politischen Himmel, den nur dann und wann ein unheimliches schwaches Wetterleuchten durchzuckt.

Weichen die Männer am Ruder der öffentlichen Meinung? Keinem fällt es im Traume ein! Oder bringen sie Reformen? Rückschritt, Tagesordnung über die früheren eigenen Schöpfungen ist die Losung! Während in dem englischen Toryministerium ein Sohn Israels Lord des Schatzes ist, suchen unsere Legislatoren ein Privilegium für die Christen der beiden Landeskirchen zu schaffen, um nach echt germanischen Prinzipien Juden und Dissidenten vom vollen Bürgerrecht auszuschließen. In solcher Weise suchen wir das Talent wo es zu finden ist, und so üben wir die erleuchteten Grundsätze der Duldung Friedrich des Großen! Und das Volk? Was kümmern den lauten Markt die Debatten über die Unabhängigkeit der Gerichtshöfe: das Lokal bei Kroll ward diese Woche eröffnet, eine Weltbegebenheit für Athen an der Spree! Ob diese Stadt, auf Infusorien begründet, ist eine treffliche Pflanzschule für Gesinnungstüchtige ohne männlichen Charakter.

Die Geschäfte gehen gut in England, schlecht auf dem Kontinent, wir wollen alle möglichen Dinge, nur nicht das Vertrauen! Ob das Ministerium die Börse hält oder die Börse das Ministerium; ob sich mit fortlaufenden Defizits auf die Dauer eine patriarchalische Regierung führen läßt, das ist die große Frage der mächtigen Reiche des Festlandes. Es schleicht wieder ein nagender Feind umher, den die Polizei nicht bannen kann. Der Mangel klopft bereits an manche Thüre! Es will uns deshalb bedünken: daß es gerathener wäre, das Extraordinarium des Kriegsbudgets für öffentliche Arbeiten zu verwenden. Der Magen ist der gefährlichste aller Demagogen.

Professor Huber, der Mann der strengen Rechte, hielt in der Sitzung des Centralvereins zum Wohl der arbeitenden Klassen einen sehr belehrenden Vortrag über den Segen der englischen Associationen. Von seinen konservativen Lippen fielen die inhaltschweren Worte: „Es ist empörend, wenn man von hohen Stellungen herab nur immer die bedenklichen Seiten der Associationen voraussetzt. Die Arbeiter dieser Verbindungen haben keine Doktrin, ihr Prinzip ist die Praxis. Die Associationen haben bisher eine solche Fülle von geistigen und sittlichen Kräften entwickelt, daß sie als heldenmüthig bezeichnet werden müssen."

Wir freuen uns, längst ausgesprochene Ueberzeugung von dieser Seite her bestätigt zu finden. Unser Vereinsgesetz ist eine Satyre auf die Association, und die Reue kann sich möglicher Weise einstellen vor dem nächsten 29. Februar!

Breslau, 3. März. [Zur Situation.] In der gestrigen Sitzung der zweiten Kammer hat endlich der Hr. Finanzminister die Anzeige machen können, daß die Zollvereinsstaaten in Rücksicht auf die zunehmende Theurung der Getreidepreise sich entschlossen haben, die gesetzlichen Eingangszölle auf Getreide, Mehl und Hülsenfrüchte bis zum 31. August d. J. nicht zu erheben. — Ueberdies versicherte der Finanz-Minister — es lagerten bedeutende Zufuhren an den Grenzen des Zollvereinsgebietes, welche auf eine Maßregel, wie die von der Regierung beschlossene, nur warten, um die Zollvereinsstaaten aufzusuchen. Es läßt sich in Folge hiervon eine sofortige Ermäßigung der Kornpreise auf die normale Höhe erwarten. Der weimarschen Regierung ist das Verdienst zuzusprechen, daß sie eine Maßregel dieser Art bei den Zollvereinsstaaten zuerst in Anregung gebracht hat.

Aus Braunschweig vernimmt man, daß das dortige Ministerium in letzter Zeit sich in entschiedenster Weise für den Anschluß des Herzogthums in seinem ganzen Umfange an den preußisch-hannoverschen September-Vertrag ausgesprochen hat.

Auch Kurhessen soll das Bedürfniß einer Annäherung an Preußen immer dringender empfinden, wird uns heut durch das C. B. versichert.

Man hört nämlich, daß das kurhessische Gouvernement in der Zoll- und Handels-Frage sich nicht mehr in früherer Weise im Stande fühlt, den österreichischen Projekten pure zuzustimmen und daß sich dasselbe auf der bevorstehenden Zollvereinsconferenz in mäßigen Schranken halten, einem feindseligen Auftreten gegen den Zollverein aber entsagen werde.

Uebrigens meldet die Pr. Z., daß der Bundes-Ausschuß, welcher zur Erledigung der kurhessischen Frage niedergesetzt worden ist, seine Aufgabe so weit erledigt habe, daß er mit seinem Referat über dieselbe fertig ist.

Auch zwischen Berlin und Wien sollen die freundlichsten Beziehungen obwalten und denselben durch die handelspolitischen Differenzen nicht der mindeste Eintrag geschehen sein.

Uebrigens scheint man in Wien auf das jetzige Tory-Ministerium in England keine allzugroßen Hoffnungen zu setzen. Die ministerielle O. C. räumt ein, daß die „alten Traditionen" des aristokratischen Regiments, welches bis lang Reih um von den großen Adelsgeschlechtern ausgebeutet ward, gewichen; daß „der Radikalismus" die unteren Schichten der Bevölkerung ergriffen habe.

„Stünde es nunmehr in der Geschichte Englands geschrieben — schließt die O. C. — daß die neu gebildete Verwaltung nur von kurzer Dauer und bestimmt sein solle, den Angriffen der Opposition zu erliegen; dann müßten wir sehr befürchten, daß die dadurch hervorgerufene Bewegung weit über das Ziel der jetzt vom Staatsruder abgetretenen Whigs hinausausschießen dürfte.

Die öffentliche Meinung des Continents, namentlich jene vulgäre Sorte derselben, welche sich unter dem Einflusse eines oberflächlichen Liberalismus herausgebildet hat, ist nur zu sehr geneigt, über das Glaubensbekenntniß der Torypartei ein wegwerfend absprechendes Urtheil zu fällen. Die eigenthümlichen Verhältnisse des Grundbesitzes in England und namentlich ihr tiefer, organischer Zusammenhang mit dem Bestande des gesammten britischen Verfassungswesens, dessen stärkste, wenn auch seltsame Bürgschaft sie sind, werden von den Festländern wenig gekannt und nicht gewürdiget, wie sie es verdienten, um ein richtiges Urtheil über britische Zustände zu erzielen. Eine etwas gründliche Untersuchung würde lehren, daß namentlich der aristokratische Cement das Gebäude der englischen Constitution fest gemacht und bis zur Stunde noch ganz erhalten hat.

Die Analogie zwischen der Entwickelung, welche das konservative Prinzip beinahe überall auf dem Continente nimmt und den leitenden Maximen der Tories ist ungeachtet der tiefen Verschiedenheit der beiderseitigen Zustände eben so bekannt als augenfällig. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, die abschüssige Bewegung in England zu hemmen. Ein Erfolg in dieser Richtung kann der allgemeinen konservativen Sache nur frommen und dürfte überdies noch eine der stärksten Garantien für die Erhaltung des Weltfriedens bilden."

Preußen.

Berlin, 3. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, dem Appellationsgerichts-Rendanten a. D., Hofrath Schwanke, zu Marienwerder, den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Grenadier Kaiser vom ersten Garde-Regimente zu Fuß die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen, und den Staatsanwalts-Gehülfen, Obergerichts-Assessor Plaßmann, zum Staats-Anwalte bei den Kreisgerichten zu Arnsberg und Brilon zu ernennen.

Kammer-Verhandlungen.

Erste Kammer. Sitzung vom 1. März. (6 Uhr Nachm.)

Die Berathung des § 30 der Landgemeinde-Ordnung wird fortgesetzt.

Graf Itzenplitz wünscht nicht die Aufhebung des bestehenden Instituts der Lehnschulzen, es

heiße das, das Kind mit dem Bade ausschütten. Der Aeußerung Lette's in der Vormittagssitzung hält der Redner den Satz entgegen: Es giebt in Preußen nur einen König, aber auch nur einen Adel. (Heiterkeit links).

Kisker bekämpft den § 30 von Seiten des Artikels 42 der Verfassung. v. Zander erhebt Bedenken gegen den § 30 von Seiten der Rechtsungleichheit in den verschiedenen Gemeinden und des Vertrauens. Der Regierungs-Kommissar Klützow sucht die Bedenken des Vorredners zu entkräften. Eine so bedeutende Stütze des Kommunalwesens, wie das Institut der Lehnschulzen, könne nicht ohne großen Schaden plötzlich aufgehoben werden. Eine Rüge in Bezug auf eine Aeußerung Lette's ruft eine persönliche Zwischendebatte hervor.

Matthis weis't ebenfalls auf die Unzweckmäßigkeit der Wiedereinführung der Lehnschulzen hin, indem der Zustand der Gemeinden ein ungleicher werde.

Der Minister des Innern beleuchtet den von früheren Rednern, namentlich Kisker, berührten Rechtspunkt und behauptet, daß der Schluß des Art. 42 der Verfassung die Ausführung der Gemeindeordnung vorbehalte, weswegen auch § 7 der Gemeindeordnung selbst nöthig war. Die Nützlichkeitsfrage betreffend, können verschiedene Ansichten aufgestellt werden. Aber was werden die Spinner- und Weber-Gemeinden in Schlesien gewinnen, wenn sie anstatt des Erbschulzen nunmehr einen Schulzen bezahlen müssen? Möchte man doch auch hier von den Engländern lernen, wo das Haus der Lords alles Zweckmäßige zu erhalten sucht.

v. Witzleben wendet sich gegen die Rede Lette's in ihren Argumenten. Er findet es billig, den Lehnschulzen, denen die Gesetzgebung, im Gegensatz zu den Rittergutsbesitzern, seit 1807 immer mehr Erleichterungen gewährte, diese letzte Last nicht abzunehmen. Eine Beziehung auf Lette's „Zaunkönige" ruft wieder einige Persönlichkeiten oder sogenannte „thatsächliche Berichtigungen" hervor.

v. Vincke hätte aufs Wort verzichtet, wenn er es nicht für Pflicht hielte, den Ansichten v. Gerlachs entgegen zu treten, in dessen Schule der Minister des Innern bedeutende Fortschritte gemacht (Lärm zur Rechten, die Präsidentenglocke stellt die Ruhe her). Das Recht der Erbschulzen sei aufgehoben, wenn auch sie selbst interimistisch fortbestehen. Auf Verlangen der rechten Seite muß der Präsident erklären, daß er früher den Redner auf das Unparlamentarische seines Ausdrucks aufmerksam gemacht habe. v. Vincke erläutert seine Bemerkung dahin, daß der Minister in dem „System" v. Gerlachs Fortschritte gemacht, man spreche ja auch von einer „Schule" des Sokrates. (Heiterkeit.)

Der Minister des Innern. Ich kann dem Redner versichern, daß ich bei den von mir im vorigen Jahre angeordneten Maßregeln von einer festen eignen Ansicht ausging und keines ferneren Unterrichts bedarf. (Beifall rechts).

v. Bethmann-Hollweg (gegen die angetragene Schlußdebatte) bedauert, daß die Sache Parteifrage geworden, er werde gegen den Paragraphen stimmen, um die Frage der Provinzialvertretung zu überlassen.

Der Schlußvortrag des Referenten v. Meding wird von dem vielseitigen Ruf: Schluß, Schluß unterbrochen. Der § 30 wird bei namentlicher Abstimmung mit 73 Stimmen gegen 49 angenommen und lautet:

§ 30. Mit den Lehn- und Erbschulzen-Gütern bleiben die Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Verwaltung des Schulzen-Amtes verbunden. Fehlt es dem Lehn- oder Erbschulzen an den erforderlichen Eigenschaften und Fähigkeiten, so ist der Landrath unter Beirath der Polizei-Obrigkeit berechtigt, einen Stellvertreter zu ernennen und die demselben von dem Erb- und Lehnschulzen zu gewährende billige Belohnung festzusetzen. Die Ernennung eines solchen Stellvertreters ist widerruflich.

Die folgenden Paragraphen: Verpflichtung zur Annahme von Stellen, Benutzung des Gemeindevermögens, Einzugs- und Abzugsgeld, Geldumlagen u. s. w., werden ohne wesentliche Debatte angenommen, wobei Kisker wiederholt auf Abweichungen von der Städte-Ordnung hinweist.

§ 43. Bildet ein Gut, dessen Besitz zu einer Stimme auf dem Kreistage berechtigt, einen selbstständigen Bezirk, so hat der Besitzer die Verpflichtung, das Amt eines Vorstehers, welcher zugleich auch der Vertreter des Gutsbezirks ist, unentgeltlich zu übernehmen; er ist jedoch befugt, auf seine Kosten einen von der Regierung zu genehmigenden Stellvertreter zu bestellen, welcher auf Verlangen der Regierung, wenn diese es im Dienst-Interesse nöthig findet, wieder entlassen werden muß. Der Gutsbesitzer muß einen solchen Stellvertreter bestellen, wenn er das gedachte Amt selbst zu versehen nicht im Stande oder geeignet ist. Auf den Domainen-Gütern, welche selbstständige Bezirke bilden, ist ein solcher Vorsteher von der Regierung auf Kosten der Domainen-Kassen zu bestellen. — Auch für andere Güter und Besitzungen (größere Waldgrundstücke), welche selbstständige Bezirke bilden, kann von der Regierung, nach Vernehmung des Besitzers, ein Vorsteher, welcher gleichzeitig Vertreter des Bezirks ist, ernannt werden. — Die hierdurch entstehenden Kosten fallen dem Besitzer zur Last.

Matthis hofft, daß die Redaktions-Kommission eine Fassung finden werde, welche eine Debatte über den Gegenstand hier unnöthig macht. v. Vincke rügt die Unbilligkeit des Unterschieds zwischen den kreistagsberechtigten und den übrigen Gütern.

Der Minister des Innern bemerkt, daß die Regierung deswegen die Fassung „Güter, deren Besitz zu einer Stimme auf dem Kreistage berechtigt" angenommen habe, um alle Güter dieser Art, außer den Rittergütern, nach Maßgabe des Entwurfs der Kreisordnung subsummiren zu können, und daß ein Prinzip der ständischen Gliederung dem Ganzen zu Grunde liege.

Brüggemann glaubt, daß die zu § 12 beschlossene Fassungsänderung auch hier eintreten müsse. v. Vincke und Elsner heben hervor, daß es sich hier darum handle, den Unterschied der Rittergüter von den anderen selbstständigen Gutsbezirken überhaupt aufzuheben, die Kammer erklärt sich aber gegen eine solche Aenderung und nimmt den Paragraphen unverändert an.

Der Wunsch nach Vertagung wird (um 9¼ Uhr) laut, sogar Zweifel an der Beschlußfähigkeit, und daher wird, trotz des Widerspruchs einiger Mitglieder der rechten Seite, die Debatte auf Dinstag 10 Uhr vertagt.

Erste Kammer. Sitzung vom 2. März.

Vorsitzender: Graf v. Rittberg. Am Ministertische: v. Westphalen, v. Klützow, v. Raumer.

Die Kammer geht mit der gestern abgebrochenen Berathung der ländlichen Gem.-Ord. für die sechs östlichen Provinzen weiter vor. Ein Ergänzungs-Gesetz-Entwurf zum Mahl- und Schlachtsteuer-Gesetz, so wie ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Ueberweisung der Anleihe von 1848/49 an die Staatsschulden-Verwaltung, werden der betreffenden Kommiss. überwiesen. Der § 47, welcher vorübergehende Bestimmungen in Betreff der Gem.-Bezirks-Bildung enthält, wird vom Abg. Kisker angegriffen, von v. Witzleben und vom Reg.-Kommiss. vertheidigt und von der Kammer angenommen. Der Tit. 2, betreffend die ländliche Polizei-Verwaltung, erregt eine längere Diskussion; bei der Diskussion desselben werden zwei Verbesserungsanträge eingereicht, der erste vom Abg. v. Seydlitz, dahin gehend: an die Stelle der § 51—55, vornämlich an Stelle des § 52 der Kommissions-Vorlage, die Regierungs-Vorlage anzunehmen; der andere von den Abg. v. Gerlach, Grafen Itzenplitz, regelt den Kostenpunkt. v. Vincke erklärt sich gegen die Kommiss.-Vorlage. v. Gerlach: der Wille der Kommission geht dahin, bestehendes Recht zu erhalten, nämlich: die ehrwürdige Dominial-Polizei, welche zu den Grundvesten gehört, auf denen Preußen ruht; wir wollen sie erhalten und entwickeln. Der große Grundbesitz ist eine starke und sichere Basis. Ich stimme deshalb auch nicht ein in das Lob der großen Staatsmänner Stein und Hardenberg, denn sie haben bloß die materielle Seite des großen Grundbesitzes beachtet, sie haben die wichtigere, die moralisch-politische Seite vernachlässigt. Es ist nun unsere schöne Aufgabe, diese Seite zur Geltung zu bringen oder vielmehr in ihrer Geltung zu erhalten. Der größere Grundbesitz hat größere Bildung, er ist vornämlich geeignet, obrigkeitliche Rechte zu besitzen, und eben den konservativ praktischen Geist, welcher hierüber in den englischen Institutionen weht, finden sie auch in der Kommissions-Vorlage. Der Reichthum hat seine Pflichten, nämlich die Pflichten des Regierens; die Armuth hat ihre Rechte, nämlich das Recht auf Regiertwerden, auf Schutz. — Meine Herren, es wäre eine politische Sinnestäuschung, wenn wir das, was seit 1848 geschehen, als festen Punkt, und das, was seit 1000 Jahren geschehen, als wandelbaren Punkt ansehen wollten. Ich empfehle die Kommiss.-Vorlage mit meinem Amendement. v. Seydlitz empfiehlt das seinige; v. Meding, als Berichterstatter, die Kommissions-Vorlage. Mathis: die Reg.-Vorlage macht die Erwerbung von Hoheitsrechten nur vom Könige abhängig, die Kommiss.-Vorlage von anderen Umständen außerdem; dieser letztere Vorschlag steht mit allen unsern Institutionen im Widerspruch. Achten Sie hierbei wohl auf die Stimmung im Lande; die Annahme der Reg.-Vorlage wird versöhnend wirken, die Annahme der Kommissions-Vorlage aber reizend und verstimmend. Der Minister des Innern: die Gem.-Ordnung von 1850 hat die Polizei an Kreis- und Bezirks-Aemter übertragen; die Durchführung dieser Bestimmung sei auf bedeutende Schwierigkeiten gestoßen. Die Frage ist nun, soll man Alles, was bis jetzt bestanden, bei Seite werfen, oder an dasselbe anknüpfen? Letzterer Ansicht folgt die Regierung; ihr Bestreben geht dahin, in den Gesetzen solche Bestimmungen zu erlassen, daß dadurch eine Kontinuität des Besitzstandes bewirkt werde. Wolle man entsprechende Einrichtungen schaffen, so stimme man für die Kommissions-Vorlage und den Verbesserungs-Antrag von v. Gerlach. v. Zander spricht für die Kommiss.-Vorlage, gegen das Gerlach'sche Amendement. Graf Itzenplitz für die Kommiss.-Vorlage und sein Amendement. Nachdem v. Raumer (Düsseldorf) die Aussprache v. Gerlachs über Stein und Hardenberg berichtigt hat, wird bei der Abstimmung der Verbesserungs-Antrag des Abg. v. Seydlitz mit 71 gegen 59 St. abgelehnt, der Verbesserungs-Antrag des Grafen Itzenplitz, welcher zu § 52, 55, 56 Veränderungen vorschlägt, wird abgelehnt, das v. Gerlach'sche Amendement wird mit 56 gegen 52 Stimmen; 25 enthielten sich der Abstimmung; die Paragraphen selbst werden mit 74 gegen 63 Stimmen angenommen. (Nächste Sitzung morgen.)

Zweite Kammer. Sitzung vom 2. März.

Präsident: Graf Schwerin. Der Finanzminister überreicht einen Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Rübenzuckersteuer. Riedel bemerkt, es handle sich hier nicht blos um ökonomische, sondern auch um rechtliche Fragen. In dem Vertrage vom 8. Mai 1841 sei die Steuer von 3 Sgr. pro Ctr. Rüben bis 31. August 1853 stipulirt; die Justiz-Kommission werde also zu beurtheilen haben, ob eine Erhöhung schon jetzt zulässig sei. Er will deshalb, daß dieser Kommission der Entwurf überwiesen werde. Nach einiger Diskussion dieser Frage wird beschlossen, den Entwurf der Finanzkommission zu überweisen. — Der Finanzminister eröffnet, daß in Folge allerhöchster Ermächtigung und mit Zustimmung der Zollvereinsregierungen die Erhebung des Eingangszolles auf Getreide, Hülsenfrüchte und Mehl vom 1. d. M. ab bis Ende August eingestellt werden soll. (Beifall.) Auf der Tagesordnung steht das Gesetz vom 3. Januar 1849 über die Schwurgerichte 2c. — Beseler beantragt: die Dringlichkeit der Verordnung anzuerkennen und die Berichte und Zusatzvorschläge der Kommission dem Justizminister zur Benutzung bei künftigen Gesetzesvorlagen zu überweisen. Keller will, daß die Diskussion dieses Antrages sich von der Erörterung des Gesetzes selbst fern halte. Eine Debatte hierüber entscheidet für Eröffnung der allgemeinen Diskussion über das Gesetz selbst. Graf Schwerin überläßt den Vorsitz dem Vicepräsidenten Geppert. Beseler rechtfertigt seinen Antrag damit, daß er eine umfassende Strafprozeßordnung erlassen zu sehen wünscht, obschon er den gegenwärtigen Zeitpunkt, in welchem man noch um die wesentlichsten Grundlagen eines öffentlichen Rechtslebens im Streit liege, für eine solche Modifikation nicht geeignet hält. Er knüpft hieran Wünsche in Bezug auf eine gewohnheitliche Rechtsbildung und rügt an den Vorschlägen der Kommission, daß sie eines verbindenden Prinzips entbehren und sich nicht durch das dringende Bedürfniß, sondern durch ihre angebliche Zweckmäßigkeit rechtfertigen. Diese Mängel erklärt er aus dem Mangel einer besondern Regierungsvorlage, und deshalb wünscht er die Verweisung der Kommissionsberichte an das Justizministerium zur Benutzung bei einer den Kammern zu machenden Vorlage, und daß in diesem Falle an der Gesetzmacherei der Kommission ein Exempel statuirt werde. Reichensperger findet die Charakterisirung des Vorredners etwas stark aufgetragen und seine Gründe nicht stichhaltig. Auch er sei ein Gegner der Gesetzmacherei, aber der Vorwurf passe nicht auf den vorliegenden Fall. Er halte gerade die Aufstellung eines Grundrisses für zweckmäßig, um später ein vollständiges Gebäude, ein umfassendes Kriminal-Prozeß-System, aufführen zu können, und sei er recht unterrichtet, so finde dieser Antrag auf der äußersten Rechten Anklang, die, wenn er angenommen würde, gewiß richtiger spekulire, als die Partei, welche den Antrag eingebracht hat. — Simson erklärt die Unterlassung der Einbringung einer Strafprozeß-Ordnung aus der Sistirung der Gemeindeordnung, beide aus demselben Wechsel der Stimmungen in einer Region, die er nicht näher bezeichnen will. Die Verordnung vom 3. Januar 1849 beruhte auf längeren, bewährteren Erfahrungen, als diejenigen sind, auf welche die Abänderungsvorschläge unserer Kreisgerichtsdirektoren und Appellationsgerichtsräthe sich berufen. Durch die Annahme der Kommissions-Zusätze würde ein Rechtszustand herbeigeführt werden, von welchem kaum ein Jurist, geschweige denn ein Laie sich eine auch nur entfernte Vorstellung machen könnte. Durch die Willfährigkeit der Kommission gegen die von dem Regierungs-Kommissar im Schooße derselben als pia desideria geäußerten Wünsche ersetze doch nicht die Initiative der Regierung. Der Sinn des Beselerschen Antrages sei nur der, die Regierung zur Ergreifung der Initiative zu veranlassen. Es handle sich ja nicht darum, über die Verordnung vom 3. Januar, sondern nur über die Zusätze der Kommission zur Tagesordnung überzugehen. Führe man gegen die Annahme der Tagesordnung die Zahl der bisher schon angenommenen an, so sei dieses der etwas despektirliche Maßstab, den man bei Makulatur oder etwa bei der neuen Zeitungssteuer anlegen könne. Eben so wenig werden seine Freunde sich durch die lockenden oder drohenden Sympathien der Rechten beirren lassen. — Geppert wendet sich gegen den Ton und die heitere Manier, mit der bisher die Debatte geführt worden. Im Prinzip erklärt er sich mit Beseler einverstanden, in der praktischen Anwendung desselben nicht. Darauf wendet er sich gegen Simson und vertheidigt die Kommission gegen dessen Vorwürfe der zu großen Willfährigkeit. Der Regierungs-Kommissar habe sich nur auf Mittheilung des nothwendigen Materials beschränkt. Er erklärt sich gegen den Beselerschen Antrag und für den der Kommission.

Der Justizminister: Die Verordnung vom 3. Januar ist seit 3 Jahren in Wirksamkeit, ohne daß ein Zweifel über ihre Rechtsbeständigkeit erhoben wäre. Sie hat über die ganze Monarchie ihre Anwendung gefunden, und es ist deshalb unmöglich, sie wieder zu beseitigen. Die Kommission konnte daher nicht anders verfahren, als auf die Genehmigung anzutragen und das Mangelhafte und Wünschenswerthe durch Zusätze ergänzen. Er wendet sich sodann gegen die den Kommissions-Zusätzen gemachten Vorwürfe, die sich auf ihre Anzahl beziehen, und sucht deren Nothwendigkeit aus der Natur des Gegenstandes nachzuweisen, und hält auch den gegenwärtigen Zeitpunkt trotz der schon weit vorgerückten Session für den geeignetsten zur Berathung dieses Gegenstandes, um so mehr, als aller Wahrscheinlichkeit, ja Gewißheit nach er in den nächsten Jahren noch nicht im Stande sein werde, eine vollständige Prozeß-Ordnung vorzulegen. Er empfiehlt deshalb die Annahme der Kommissionszusätze.

Wenzel will für sich und seine Freunde nur erklären, daß die Kommission, indem sie so umfassende Zusätze zu der vorliegenden Verordnung gleichsam extemporirt habe, durchaus nicht den Weg betreten habe, auf dem man in dieser Sache ans Ziel gelangen könne. Durch die Annahme der Kommissionszusätze werde das Land aller der Vortheile beraubt, welche man durch eine jetzt dreijährige Praxis erlangt habe, und die Rechtsunsicherheit verlängert. Der Redner begründet seine Behauptung, indem er auf das vorliegende Detail näher eingeht, und schließt mit der Empfehlung des Beselerschen Antrages. Der Schluß wird hierauf angenommen, und der Berichterstatter vertheidigt noch in Kurzem die Kommission. Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag auf Anerkennung der Dringlichkeit und auf Genehmigung der Verordnung vom 3. Januar 1849 angenommen, der Beselersche Antrag, über den Namensaufruf erfolgt, aber mit 154 Stimmen gegen 113 verworfen.

(Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 12 Uhr. Tages-Ordnung: Forts. der heutigen.)

---

††† **Berlin,** 1. März. [Aus der zweiten Kammer.] Die Petition der berliner Prediger, betreffend die Ausführung des Art. 15 der Verfassung, gab heute der zweiten Kammer ein synodales Ansehen. Daß die Bestimmung nicht ausgeführt ist, liegt klar vor, ob sie, ohne einen äußern Anstoß, je zur Wahrheit werde, ist zu bezweifeln. Der Oberkirchenrath kam, was Talent und Gründe anbelangt, ungemein ins Gedränge; der kanonische Referent verirrte sich in das Landrecht, und Herr von Uechtritz, welcher als Präsident 4000 Thlr. bezieht, scheint sich mehr auf das polizeiliche Regiment der Kirche, als wie auf Dogmatik zu verstehen. v. Kleist-Retzow fuhr mit der Batterie von 1848 auf und feuerte auf die Majoritäten und den Unglauben in so erbaulicher Weise, daß er von dem Kultusminister im außerparlamentarischen Style „theueres Mitglied" genannt wurde! Bis Ende Februar hörten wir stets: das Heer und Herr v. Manteuffel hätten den Staat gerettet, allein heute ward der Kirche dieser Ehrenplatz eingeräumt. Eine Organisation der äußern Angelegenheiten der Kirche durch den Glauben erscheint uns ein rhetorisches Unding. Um dem Leser die Mühe zu sparen, alle Redensarten abzuwägen und zwischen den Zeilen zu lesen, wollen wir einfach den Kern aus den theologischen Hülsen herausklauben.

Der Kultusminister ist verantwortlich, und deßhalb schuf man eine unverantwortliche Behörde, bei deren Kreirung die evangelische Kirche nicht im mindesten konkurrirte. Solch ein Institut war nothwendig für unsere Orthodoxen. Diese Eiferer haben, wie aus der Rede des Herrn v. Kleist-Retzow hervorging, einen Bund mit den Ultramontanen geschlossen, um die Dissidenten für gemeinschaftliche Rechnung zu verfolgen, und daß das Ding bereits praktisch angegriffen ist, ersieht man aus dem Schicksale der deutsch-katholischen und freien Gemeinden. Man vergleiche damit die Lage der Dissenters in England.

Wir gehören dem alten Glauben unserer Väter an und sind direkt nicht betheiligt bei diesem Zank um Gotteswillen. Allein ein wehmüthiges Gefühl ergreift uns, wenn wir sehen, daß Preußen, welches den Salzburgern und den französischen Flüchtlingen ein sicheres Asyl gegen fanatische Verfolgungen gewährte, jetzt den Weg der Duldung verläßt, auf dem es groß geworden ist unter den Völkern der Erde! Die Ultramontanen handeln folgerichtig in ihrem Interesse, dagegen lassen die evangelischen Eiferer sich als Werkzeug gebrauchen, um Preußens protestantische Stellung zu untergraben. Diese Verfolgungen, welche, aller Geschichte nach, das umgekehrte Resultat ergeben, haben uns moralisch um 100,000 Mann schwächer gemacht. Eine Million in ihren religiösen Meinungen Verletzte ist in Deutschland ohne Noth geschaffen worden, und unsere blinden Politiker werden seiner Zeit die Drachenzähne ernten, welche sie gesäet haben. Für Preußen giebt es kein Heil außer dem Grundsatze: daß es einem Jeden vergönnt sei, nach seiner Façon selig zu werden.

Die Regierung darf weder protestantisch noch katholisch sein, sondern sie muß unparteiisch als Freundin aller guten Bürger dastehen!!

□ **Berlin**, 2. März. [Die parlamentarische Taktik der ersten Kammer. — Die direkten und indirekten Abänderungen der Verfassung. — Die nachgiebige Stellung Oesterreichs gegen Preußen.] Die erste Kammer schreitet jetzt auf der Bahn der Verfassungs-Aenderungen mit einer ungemessenen Eile vorwärts, und überläßt sich dabei in den Formen und dem Geschäftsverfahren einer Willkür, die in der Geschichte der Parlamente kaum erhört sein möchte. Es kommt ihr nicht darauf an, die Beschlüsse, welche sie heut in dieser Beziehung gefaßt, morgen bereits zu ignoriren. So wurde neulich auf den Antrag des Abg. Mathis beschlossen, bei Spezialgesetzen, welche eine Abänderung der Verfassungs-Urkunde in sich schließen, zuvörderst über diese abzustimmen, ehe das betreffende Gesetz votirt werden könne. Im Fortgange der Berathungen über die Gemeindeordnung ist aber dieser Beschluß, der wenigstens äußerlich dem Bestehen der Verfassung noch einige Rechnung trägt, ganz und gar nicht zur Anwendung gebracht worden. Der Protest, welchen 33 Abgeordnete deshalb niedergelegt haben, verliert sich freilich mit seinem Effekt in den stenographischen Aufzeichnungen. Es ist überhaupt in diesen Angelegenheiten nichts mehr zu erwarten, was irgend Wirkung machen könnte, und es wird sich für das, was das Land dazu sagen, oder davon haben wird, ziemlich gleich bleiben, welche von den noch jetzt streitenden Ansichten und Parteien einstweilen die Oberhand über die andere davonträgt. Man muß lächeln über den Schweiß, der jetzt auf gewissen Seiten unter so ungeheuren Anstrengungen vergossen wird, um Etwas zu schaffen, das doch immer nur den Werth eines neuen Provisoriums haben könne und nichts als ein kurzes Lebensfristungsmittel ist! Daß es bei den Vorlagen und Berathungen der neuen Gemeinde-Ordnung bereits auf tüchtige Verfassungs-Erschütterungen, und nach dieser Seite hin auf ein „Kaptiviren der Kammern", (wie es gestern der Abgeordnete Kühne auf der Tribüne nannte) abgesehen, wird kaum noch von irgend Jemanden geläugnet. Wer gäbe sich hier überhaupt noch die Mühe, mit irgend einem Motiv hinterm Berge zu halten, irgend einen Zug der immer deutlicher heraustretenden Taktik zu verschleiern? Hr. v. Gerlach ist selbst jetzt die aufrichtigste Person von der Welt geworden, und seine Macht ist auf allen Seiten jetzt so weit anerkannt, daß der treffliche und tapfere Hr. v. Vincke in der ersten Kammer gestern sogar von der Gerlach'schen Schule sprach, in welcher der Minister des Innern immer bedeutendere Fortschritte mache. Die erste Kammer steht aber im Begriff, ihr Vorschreiten auf der von ihr betretenen Bahn noch bedeutend zu beschleunigen. Die Geschäfts-Ordnungs-Kommission wird in diesen Tagen (in Folge der Vorgänge, welche sich bei der zweiten Abstimmung über Abänderung der Art. 40 und 41 der Verfassung ereigneten) den von ihr geforderten Bericht an die erste Kammer abstatten und derselben darin den Antrag stellen: „daß vor der durch Art. 107 der Verfassungs-Urkunde vorgeschriebenen zweiten Abstimmung über Verfassungsänderungen eine Discussion nicht stattzufinden habe." Es soll dies zwar zunächst nur wie eine Abänderung der parlamentarischen Geschäfts-Ordnung aussehen, es würde aber damit zugleich die Verfassung selbst auf eine Weise interpretirt werden, die eine ihrer absichtsvollsten Bestimmungen wesentlich alterirt. Eine zweite, nach Verlauf von 21 Tagen festgesetzte Abstimmung über Veränderungen des Staatsgrundgesetzes kann überhaupt nur den Sinn haben, diese Abänderungen zu erschweren und nur aus den allerreiflichsten Erwägungen hervorgehen zu lassen. Wie eine Kammer es mit einem gewissenhaften Verhalten vereinigen will, bei einer solchen Gelegenheit alle und jede Diskussion abzuschneiden, ist nicht recht einzusehen.

Es ist jedenfalls besser und für die öffentliche Moral ersprießlicher, wenn einer parlamentarischen Versammlung materielle Gewalt angethan wird, als wenn sie durch sich selbst in Macchiavellismus und Nihilismus sich auflöst. Unter diesen allseitig zerreibenden Einflüssen hat sich aber die konservative Partei selbst so nachhaltig gespalten, daß daran wahrscheinlich die erhobene „Organisationsfrage der ersten Kammer" resultatlos zerschellen wird. Die bisher gepflogenen Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Thron, wie auch im Schooße des Kabinets selbst, haben durchaus kein festes Ergebniß geliefert, und man sieht den bevorstehenden Kammerverhandlungen in dieser Sache auf allen Seiten ungewiß und mit Verlegenheit entgegen. Der gestrige Abend-Artikel der Neuen Preuß. Ztg. enthält schon darüber einige bemerkenswerthe Bekenntnisse. Diese Partei will bekanntlich am liebsten, daß es hinsichtlich der Zusammensetzung der ersten Kammer bei den Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde verbleibe, weil dieselben durch die direkten Wahlen der Höchstbesteuerten vor der Hand die sicherste Garante darzubieten scheinen, um auch einen ganzen Faktor der Gesetzgebung in die Hände der Rittergutsbesitzer zu bringen. Auf der Seite jener Partei spitzen sich jetzt alle Fragen unbedingt in ihrer einen Hauptfrage, welche die der weitgreifendsten Adelsrestauration ist, zu. Die Kreuzzeitung warnt und droht darum gestern in einem Athem, und scheint ihrer Sache mit der ersten Kammer noch durchaus nicht gewiß zu sein. Sie warnt vor „politischer Equilibristik" und „mißvergnügten Experimenten," und droht mit der Verwirklichung der österreichischen Suprematie in Deutschland, wenn die preußische Regierung abermals in ein Schwanken ihrer Politik hineingerathen sollte.

Wir lassen diese sybillinischen Andeutungen einstweilen auf sich beruhen, und bemerken nur, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen dem österreichischen und preußischen Kabinet in diesem Augenblick ganz vortrefflich stehen. Obwohl sich Preußen von der wiener Zollkonferenz ausgeschlossen, so hat dies doch dem Einvernehmen beider Regierungen nicht den geringsten Eintrag gethan. Vielmehr scheint sich das österreichische Kabinet, soweit zu direkten Aeußerungen Veranlassung war, seitdem nur in freundschaftlichen und scheinbar nachgiebigen Versicherungen erschöpfen zu wollen. So hören wir aus unterrichtetem Munde das augenblickliche Verhältniß beider Regierungen zu einander bezeichnen. Man scheint österreichischer Seits sogar geneigt, die Stellung Preußens im deutschen Zollverbande vollkommen zu würdigen. Die österr. Regierung dürfte am Schluß der wiener Zollkonferenz eine Schwenkung beabsichtigen, um mit ihren Propositionen sofort eine Annäherung an die neue Zollvereins-Organisation zu machen. Man hält den Ausdruck dieser Intentionen für hinreichend, um darauf noch immer einen unmittelbaren Antheil Oesterreichs an den berliner Zollvereins-Konferenzen begründen zu können. Denn man ist in Wien wie im Lager der süddeutschen Handelspolitik der Meinung, daß auch der September-Vertrag, auf Grund dessen Hannover theilnehme, nichts als eine Proposition zur Erweiterung des Zollvereins sei.

≌ **Berlin**, 2. März. [Polizeiliche Mission. — Runkelrübensteuer. — Vermischtes.] Es ist im Werke, bei den beiden preußischen Gesandtschaften in Paris und in London permanente Polizei-Kommissariate einzurichten, d. h. den Gesandtschaften einen praktischen Polizeimann beizugeben, der andauernd sich den Interessen der höheren Sicherheits-Polizei widmet, also namentlich auch die an diesen beiden Orten lebenden Flüchtlinge, soweit dieselben preußische Unterthanen sind, oder soweit sich deren Agitationen auf Preußen beziehen, zu überwachen. Die Sendung einiger praktischen Polizei-Beamten nach London bei Gelegenheit der Industrie-Ausstellung und die Berichte, welche sie von dort hierher abgestattet haben, haben die unmittelbare Anregung zu diesem Gedanken gegeben. Der Gesandtschaft in London wird aller Wahrscheinlichkeit nach der Polizei-Lieutenant Greif zu diesem Behufe beigegeben werden. Derselbe war bekanntlich bereits mit dem Polizeirath Stüber zur Zeit der Ausstellung dort, hielt sich die letzte Zeit zur Regelung einer Privat-Angelegenheit hier auf und ist gestern von hier über Paris auf diesen seinen neuen Posten abgereist.

Seitdem Oldenburg nun definitiv dem September-Vertrage und damit dem Zollvereine beigetreten ist, wird für Bremen wegen dessen geographischer Lage der Anschluß gleichfalls fast zu einer Nothwendigkeit. Es sind daher auch die Verhandlungen dieserhalb von Neuem im Gange, und bei der Bereitwilligkeit, die nunmehr von Seiten des bremer Senats kundgegeben wird, darf an einem Glücken derselben nicht gezweifelt werden.

Der General v. Thümen, der sich, von Kopenhagen zurückgekehrt, zur Zeit hier befindet, wird sich, ehe er das ihm übertragene Militär-Kommando übernimmt, wahrscheinlich noch nach Frankfurt a. M. begeben, um persönlich alle diejenigen Aufschlüsse zu geben, welche bei einer Berathung über die schleswig-holsteinsche Angelegenheit in der Bundesversammlung noch erforderlich werden sollten. Graf Mensdorff, der gleichfalls gegenwärtig noch hier verweilt, wird nicht von hier direkt nach Petersburg abreisen, um den Gesandtschaftsposten zu übernehmen, sondern zuvor noch nach Wien zurückkehren.

Der Finanzminister hat nun wirklich einen Gesetz-Entwurf wegen Erhöhung der Runkelrübensteuer eingebracht, nach welchem die gegenwärtige Steuer um die Hälfte vermehrt, nämlich in der Folge von 3 Sgr. pro Centner Rüben auf 4½ Sgr. erhöht werden soll. Daß die Fabrikanten eine Steuer von diesem Betrage zu tragen werden im Stande sein, geht aus deren eigenen Zugeständnissen in der Denkschrift, welche sie an die Kammermitglieder vertheilt haben, hervor, nur zweierlei Bedenken drängen sich sofort auf, nämlich einerseits das bereits jüngst von uns angeregte wegen des Zeitpunkts, von dem an eine Erhöhung der Rübenzucker-Steuer eintreten darf — daß nach den gültigen gesetzlichen Bestimmungen eine Erhöhung vor dem 1. September 1853 unzulässig ist, haben wir vor einigen Tagen ausführlicher dargelegt, — andererseits das Bedenken, daß diese plötzliche so bedeutende Erhöhung störend auf diesen so wichtigen Fabrikationszweig einwirken dürfte. Sachverständige Männer wenigstens versichern uns, daß man bei der Besteuerung selbst bis auf 5 Sgr. hätte gehen können, wenn man nur die Erhöhung skalaartig nach und nach hätte eintreten lassen, etwa so, daß die Steuer von Jahr zu Jahr um 6 Pf. pro Centner gestiegen wäre. Die Spezial-Berathung des vorgelegten Entwurfes wird wohl noch Veranlassung geben, ausführlicher hiervon zu sprechen.

Berlin, 2. März. [Die Unterhandlungen mit dem Herzog von Augustenburg.] Es ist in neuester Zeit wiederum mehrfach von Verhandlungen mit dem Herzog van Augustenburg in der Thronfolge-Angelegenheit die Rede gewesen. Nach unserm Wissen haben neuerdings derartige Verhandlungen noch nicht stattgehabt und wenn man die früher versuchten bei den jetzigen Betrachtungen im Auge hat, so ist zu bemerken, daß jene in die Kategorie von Versuchen gehören und über ihren Anfang nicht hinausgekommen sind. — Es ist allerdings wahrscheinlich, daß in Kürze noch einmal Versuche der Art gemacht werden, bis jetzt sind aber Verhandlungen noch nicht eröffnet. Auch für diesen Punkt wird die bevorstehende Konferenz unseres Herrn Ministers des Auswärtigen mit den rückgekehrten Generalen Graf Mensdorff und v. Thümen von entscheidender Bedeutung sein. — Eine Ausgleichung der Ansprüche des Herzogs v. Augustenburg wird übrigens festgehalten. — Der Herzog v. Augustenburg ist im Augenblick in Frankfurt, es soll nicht unwahrscheinlich sein, daß er auf kurze Zeit hierher kommt. (C. B.)

Der „Börsenhalle" wird aus Berlin geschrieben: „In Betreff der Grundlagen der mit dem Herzoge von Augustenburg Seitens der dänischen Regierung eröffneten Unterhandlungen erfährt man, daß dem Herzoge weder seine Güter zurückgegeben werden, noch ihm und seiner Familie der Aufenthalt innerhalb der Grenzen des dänischen Gesammtstaates gestattet werden soll, und daß es die Absicht ist, allen seinen Beziehungen zu Dänemark, den Herzogthümern und dem königl. dänischen Hause durch Auszahlung einer Abfindungssumme ein Ende zu machen."

[Militär-Angelegenheiten.] Die bevorstehende theilweise neue Eintheilung der Armee ist berathen, und steht deren Ausführung binnen ganz kurzer Zeit bevor. Bis jetzt gehören zu einem Armeekorps zwei Divisionen, jede aus einer Infanterie-, einer Kavalerie- und einer Landwehr-Brigade bestehend, außerdem Artillerie, Pionniere, Jäger

und ein Reserve-Regiment Infanterie zu zwei Bataillonen. Nach der neuen Eintheilung gehen die Landwehr-Brigaden ein, und die Landwehr-Regimenter treten zu dem korrespondirenden gleichnumerigen Infanterie-Regimente zu einer Infanterie-Brigade zusammen, so daß bei einem Armeekorps nur zwei Kavallerie-Brigaden und vier Infanterie-Brigaden in Zukunft existiren werden. Die Landwehr-Kavallerie wird während des Friedens von der Landwehr-Infanterie in Betreff ihres Listenwesens fortgeführt, tritt aber bei Zusammenziehung zu einer Uebung zu den Kavallerie-Regimentern der Kavallerie-Brigade in Bezug auf ihr Verpflegungs-Verhältniß. Das Landwehr-Bataillon des Reserve-Infanterie-Regiments bleibt während des Friedens einer Infanterie-Brigade zugetheilt; im Falle eines Krieges tritt dasselbe als drittes Bataillon zu dem korrespondirenden Linien-Regimente, weshalb die sämmtlichen Landwehr-Bataillone der Reserve-Regimenter mit schwarzem Lederzeug armirt sind. Die Artillerie und Pionniere, so wie die Jäger haben keine Veränderung in Beziehung ihres Verhältnisses zum Armeekorps erlitten. (N. P. Z.)

Die „Wehr-Zeitung" bringt die in der Armee gewiß mit großer Freude aufgenommene Nachricht, daß in diesem Jahre die Herbstübungen nicht mehr wie während der drei letzten Jahre für alle neun Armeekorps sich auf Divisionszusammenziehungen beschränken, sondern für zwei Armeekorps wieder auf die früher langjährig sogenannte Königsrevue von vier Wochen im vollständigen Korps ausgedehnt werden sollen. Dagegen bleibt es für die übrigen Armeekorps bei 24tägiger Uebung, die mit der Division schließen. Für das Gardekorps scheint es bei den Frühjahrs- und Herbstübungen, so wie einer dreitägigen Felddienstübung in gemischten Detachements, zu verbleiben. Hoffentlich wird in diesem Jahre auch die Landwehr mit allem Nachdruck und soldatischer Verpflichtung zu den Uebungen mit herangezogen werden.

Berlin, 2. März. [Zur Tages-Chronik.] Die kürzlich von uns gegebene Nachricht, daß der preuß. Legationsrath v. Arnim in kurzer Zeit seinen gegenwärtigen Posten in Hannover verlassen werde, wird jetzt auch von anderer Seite bestätigt. Der diesseitige Gesandte am hannoverschen Hofe, General Graf Nostitz, wird in Kürze seinen Platz in Hannover wieder einnehmen. Möglich, daß sich der Graf noch im Laufe dieser Woche nach der Hauptstadt des benachbarten Königreichs begiebt.

Der Ober-Kammerherr des Herzogs von Koburg-Gotha, Baron von Wangenheim, ist hier angekommen.

Aus der Wendung, welche die heute begonnene Debatte über die Schwurgerichte genommen hat, läßt sich auf ein langes Verweilen dieses Gegenstandes auf der Tagesordnung der zweiten Kammer schließen. Aus derselben Folgerung, und um nicht ein Hinausschieben der Berathung bis gegen das Ende der Session hin die Erörterung der wichtigen Sache übereilen zu müssen, ist dieselbe schon jetzt gegen frühere Absichten zur Diskussion gestellt worden. — Nach Beendigung dieser letzteren dürfte unter den Gegenständen der Berathung zweiter Kammer das Disciplinargesetz für die nichtrichterlichen Beamten in erster Reihe stehen.

In Bezug auf die vom Unterrichtsministerium veranlaßte Inspektionsreise des Professor Wiese zum Behuf einer Berichterstattung über das Erziehungswesen auf unseren Gymnasien verdient bemerkt zu werden, daß es darauf ankommt, die Erhaltung des bisherigen Geistes unserer Gelehrtenschulen mit denjenigen Wünschen zu vermitteln, welche in neuerer Zeit aus spezifisch christlichen Gesichtpunkten laut geworden sind. Daß nicht beabsichtigt werden dürfte, diesen Wünschen in einer das Wesen der Gymnasialbildung gefährdenden Ausdehnung nachzugeben, dafür spricht der Umstand, daß allzu weit gehende Forderungen nicht einmal auf dem elberfelder Kirchentage eine ausreichende Zustimmung erlangen konnten. Uebrigens fehlt es — so weit wir unterrichtet sind — zur Zeit noch an formulirten Vorschlägen, so daß an wesentliche Umgestaltungen für die nächste Zeit wohl nicht zu denken sein möchte.

Es bestätigt sich, daß der für Berlin neugewählte Abgeordnete zur zweiten Kammer, Stadtrath Bock, das Mandat nicht übernehmen will. (C. B.)

Kie Kommission für Finanzen und Zölle hat ihren Bericht über den Entwurf eines Gesetzes über die Ermäßigung des Durchgangs-Zolles für Zink erstattet. Seit dem Jahre 1851 unterliegt Zink, sofern er auf der Weichsel über Danzig transitirt wird, einer Abgabe von 10 Sgr. pro Centner, wogegen auf den über Myslowitz und Stettin durchpassirenden Zinn nur 5 Sgr. pro Centner Durchgangszoll gelegt sind. Der vorliegende Gesetz-Entwurf will nun diese ungleiche Belastung der genannten Straßenzüge beseitigen. Die Kommission fand gegen die unveränderte Annahme der Regierungs-Vorlage weiter nichts zu erinnern, als daß die Feststellung eines andern terminus a quo der Staats-Regierung überlassen bleiben möchte, indem kaum abzusehen: daß bis zum 1. April d. J. alle Stadien der Legislation, die der Bekanntmachung des betreffenden Gesetzes vorausgehen müssen, durchlaufen sein werden.

Die bisherigen Kommissarien in Holstein, General Graf v. Mensdorff-Pouilly und General v. Thümen, waren heute zur königlichen Tafel befohlen. Gestern hatte General v. Mensdorff die Ehre, Sr. königl. Hoh. dem Prinzen von Preußen und den hier anwesenden königl. Prinzen seine Aufwartung zu machen, und wird sich derselbe, dem Vernehmen nach, in kürzester Zeit als Gesandter nach St. Petersburg begeben. (Vergleiche Kopenhagen.)

Se. Durchlaucht der Fürst Georg zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, kaiserl. russ. Oberstlieutenant a. D., ist von hier nach Dresden, der k. k. österreichische General-Major Ritter v. Wallyemare ist von hier nach Paris, und der Ober-Jägermeister Graf v. d. Asseburg-Falkenstein ist von hier nach Meisdorf abgereist.

Der General-Major und Kommandeur der 11. Division, v. Koch, ist von Erfurt hier angekommen. (N. Pr. Z.)

Gutenswegen bei Magdeburg, 29. Febr. [Die freie christliche Gemeinde] unseres Dorfes war gestern Vormittags um 10 Uhr in dem Saale, den sie sich selbst erbaut hat, zu ihrer Erbauung versammelt, die Versammlung war landräthlich angezeigt und bescheinigt, Prediger Uhlich von Magdeburg, neben seinem Kollegen Sachse seit zwei Jahren als Prediger der Gemeinde allmonatlich fungirend, wollte Vortrag halten, da traten die beiden Gendarmen, die immer zur Ueberwachung der Versammlungen angewendet worden sind, herein und der eine erklärte dem Prediger Uhlich: er habe den Auftrag, ihm zu sagen, daß er hier keinen Vortrag halten, daß er überhaupt in keinem Orte des wolmirstädter Kreises „seinen Altar errichten" dürfe, und daß er sich sofort nach Magdeburg zurückzubegeben habe. Befragt, ob der Ausdruck „seinen Altar errichten" ihm aufgetragen sei, sagte der Gendarm: das sei seine eigene Art, sich auszudrücken. Prediger Uhlich erklärte, daß er erst gegen Abend mit der bereits bestellten Post zurückfahren und bis dahin in Gutenswegen bleiben werde und begab sich in das Haus zurück, das ihn am Morgen gastlich aufgenommen hatte. Hier ward er dann bis halb 5 Uhr Nachmittags von dem Gendarm bewacht, zwei Männer aber aus Neuhaldensleben, welche in dasselbe Haus gastlich eingeladen waren, wurden unter Androhung der Verhaftung hinweggewiesen. Gründe für dies ganze Verfahren wurden nicht angegeben. (Magd. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 27. Febr. [Die Flotte.] Bekanntlich ist Seitens des Bundestags die Flotte als Bundeseigenthum durch Stimmenmehrheit anerkannt. Ueber die Folgen dieser Anerkennung scheint jedoch bis jetzt eine Uebereinstimmung nicht zu bestehen. Um in dieser Beziehung eine Verständigung zu erzielen, soll dem Vernehmen nach Preußen beantragt haben, einen Ausschuß zu wählen, welcher die hierzu erforderlichen weiteren Vorschläge zu machen habe. — Die in der Presse kursirende Nachricht, nach welcher der ehemalige König von Westfalen sich der Angelegenheit der Domainenverkäufer in Westfalen angenommen hätte, und darin von dem Präsidenten der französischen Republik unterstützt würde, wird von unterrichteter Seite für vollkommen grundlos erklärt. Der Bundestag hat sich bisher in dieser Frage als inkompetent erklärt und den betreffenden Regierungen die baldmöglichste Feststellung des hierfür anzunehmenden Rechtsverhältnisses anheimgegeben. (Frkf. J.)

München, 28. Febr. [Gerüchte. — Auflösung.] Es treten hier seit einiger Zeit sichtliche Spuren eines vielleicht nahe bevorstehenden durchgreifenden Wechsels in der Politik hervor. In Zusammenhang damit bringt man umlaufende Gerüchte von einer baldigen Aenderung des Ministeriums. Baiern scheint bedenklich zu werden hinsichtlich eines weiteren Vorschreitens in den Wenigen der bregenzer Koalitionspolitik. Ich hoffe, Ihnen bald Näheres melden zu können. — Der hiesige konstitutionell-monarchische Verein, der in den jüngsten Jahren eine einflußreiche Stellung behauptete, hat gestern nach längeren Debatten seine Selbstauflösung als politischer Verein beschlossen. (N. Pr. Z.)

Wiesbaden, 28. Febr. Unsere Ständeversammlung ist auf den 15. März d. J. einberufen. (F. J.)

Aus Thüringen, 29. Febr. Der weimar'sche Landtag hat nun auch die Vorlage der Regierung über die Wiedereinräumung des privilegirten Gerichtsstandes an die ehemaligen reichsunmittelbaren Familien gemäß dem Art. 14 der Bundesakte angenommen und die Anträge einiger Mitglieder, welche wollten, daß das Kreisgericht befugt sein sollte, alle Klagen gegen jene Familien auftragsweise an das betreffende Justizamt zu verweisen, verworfen. — Der Bitte des Landtages, ihn, nachdem das neue Wahlgesetz angenommen, von der Berathung anderer tief in die Gesetzgebung eingreifender Vorlagen zu entbinden, hat das Ministerium, durch die Zurücknahme des Nachtrags zur Gemeinde-Ordnung, zu dem Gesetz über die Zusammensetzung der Bezirksausschüsse und über die Bestrafung der Polizeivergehen entsprochen. (Preuß. Z.)

Hamburg, 2. März. [Auswanderung.] In großen Schwärmen führen uns bereits die Schienenwege die Zugvögel, die über den Ocean nach Westen ziehen, Auswanderer aus Holstein, Mecklenburg, Posen, Thüringen, zu. Noch nie sind die ersten Anmeldungen bei der hiesigen Rhederei in dieser frühen Jahreszeit so zahlreich gewesen, und haben sich dieselben insofern, als sie schon jetzt Schiffe chartern müssen, veranlaßt gefunden, das Passagegeld um 4 Thlr. per Kopf zu erhöhen. Heute geht bereits das erste Schiff, „der Colonist," mit deutschen Ansiedlern nach Rio Janeiro ab; in einigen Tagen werden der „Nordscap," dem Schiffsmakler Bolton zugehörig, und der „Guttenberg" (Knorr und Holtermann) nach ihrem Bestimmungsort New-York die Anker lichten. — In Bezug auf die Auswanderung meldet die Leipz. Ztg., daß allein am 27. und 28. Februar in Leipzig 453 Personen auf der magdeburger Eisenbahn befördert sind, um über Hamburg und Bremen nach Amerika zu ziehen; die größte Zahl derselben gehörte Oberfranken an. Auch das Herzogthum Gotha weist eine beträchtliche Anzahl Europamüder auf; aus einem einzigen Dorfe sind 100 Personen unter den Auswanderern. Eine ungefähr gleich große Anzahl zog am 26. aus Kassel und der nächsten Umgegend fort, um sich nach der neuen Welt zu begeben. In Bremen sollten am 1. März 3000 Auswanderer expedirt werden. (C. Z.)

Hamburg, 2. März. Das lauenburgische Jägerkorps ist durch Ordre des General-Kommandos befehligt, für beständig 2 Kompagnien als Garnison nach Altona abzugeben. Schon morgen wird diese Besatzung nach Altona abgehen. — Die Superintendentur des Herzogthums Schleswig war bekanntlich dem Prof. Martensen in Kopenhagen zugedacht. Letzterer hat indeß jetzt seinen Entschluß, das Amt zu übernehmen, wieder aufgegeben.

Aus Kopenhagen erhalten wir Mittheilungen, nach denen die Sachen dort bereits wieder so sich gestellt haben, daß von dem Eintritt der Herren Madvig und Monrad ins Ministerium die Rede ist. Beide Herren sollen freilich ihre politischen Ansichten wesentlich modifizirt haben. (H. N.)

Oesterreich.

L. N. **Wien,** 2. März. [Tagesbericht.] Heute am Sterbetage des Kaisers Franz I. werden in allen hiesigen Pfarrkirchen Seelenämter für den Verstorbenen gehalten. Die Vigilien für denselben nahmen gestern Abend 5 Uhr in der Hofburg ihren Anfang und heute früh 10 Uhr wird das Requiem gelesen.

Die Zeitungen sind alle voll von den Berichten über die Ankunft und den Aufenthalt des Kaisers in Triest und Venedig. So unvorbereitet man auf die Ankunft des Kaisers war, so wurde er doch überall mit dem größten Enthusiasmus empfangen.

An die Organisirung sämmtlicher Verwaltungszweige in Ungarn wird nun rasche Hand gelegt. Die definitive Regelung des Justizwesens, und Inslebenführung des auf kaiserlichen Befehl nun auch für die ungarischen Landestheile geltenden deutsch-österreichischen Civil- und Strafrechts, dürfte vor Allem an die Reihe kommen. — Die politische Administration wird zunächst ein zweckmäßiges Gemeindegesetz zur Grundlage gegeben, und auf dieser dann der weitere Ausbau vollendet. Sind auf solchem Wege die Verwaltung und auch die Verwaltenden definitiv organisirt, so ist die praktische Möglichkeit für ein Landesstatut gegeben, das auf dauernder Basis beruhen würde.

In den letzten Sitzungen des hiesigen Zollkongresses wurden die im bisherigen Zollvereine geltenden Grundsätze über den Verkehr mit Salz und Spielkarten angenommen. Kalender und Zeitungen sollen, wenn vom Auslande oder aus anderen Vereinsstaaten ausgeführt, nach den in den einzelnen Staaten bestehenden Bestimmungen über die Stempelabgaben behandelt werden. Man einigte sich ferner, daß Papiergeld des einzelnen Staates, welches bei seinen öffentlichen Kassen zu einem bestimmten gesetzlichen Course oder al pari gegen Silber ausgewechselt werden kann, bei den Zollzahlungen zu demselben Werthe anzunehmen sei. — In der vierundzwanzigsten Konferenz wurde, einen früheren Beschluß abändernd, über die Durchgangszollerträgnisse festgestellt, daß nicht jede Zollgruppe ihre Einnahme daran behalten, sondern daß auch hier die Vertheilung nach dem Durchschnittsertrage der Uebergangsperiode erfolgen soll. — Rücksichtlich der nicht in das Zollsystem einbezogenen Gebiete, stellte sich für jetzt heraus, daß nur Istrien, Dalmatien, Triest, Venedig, Fiume, Buccari, Carlopago, Zengg, Portone und Brody diese Zollausschüsse bilden und daß die Gemeinden Liviger in Veltlin, Jungholz in Tirol, und die Spitze am Hallthurm in Salzburg einer gleichen Zollbehandlung (als Ausschlüsse) unterliegen. An die Einbeziehung von Istrien und Brody in den Zollverband wird jedoch ernstlich gedacht. — In Bezug auf die Veröffentlichung der Verhandlung des wiener Zollkongresses erfährt man, daß dieselbe in Form einer ministeriellen Denkschrift erfolgen werde.

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 64 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 4. März 1852.

(Fortsetzung.)

In Folge des jüngsten Vertrages der Staatsverwaltung mit der Nationalbank, werden 27 Millionen Fl. in Staatspapieren außer Umlauf kommen. So viel enthielten die Bankkassen an Reichsschatzscheinen, Kassenanweisungen und dergl., die jetzt zur Vertilgung kommen werden. — Die Filiale der Nationalbank in Triest wird in naher Zeit ins Leben treten. Es sind bereits Beamte dahin abgegangen, um ein passendes Lokal für die Anstalt auszumitteln. Der Fonds, womit dieselbe dotirt sein wird, beträgt 2 Millionen Fl.

Von den neuen Zwanzigern sind hundert Probestücke verfertigt worden. Dieselben tragen das Bildniß des Kaisers und stimmen in der Form mit den älteren ziemlich überein. Auch die Umschrift ist dieselbe, mit Ausnahme des kaiserlichen Namens. Diese Münzen tragen die Jahreszahl des Regierungsantritts des Kaisers.

Nach beendigter politischer Organisation der Monarchie soll die Kolonisirung einzelner Provinzen, wie Ungarn, Slavonien, Siebenbürgen und Bukowina in Angriff genommen werden. — Schon vor vielen Jahren haben sich im südlichen Ungarn Kolonien durch eingewanderte französische Unterthanen gebildet. Wie man jetzt aus einer dieser Kolonien vernimmt, steht die Gründung einer neuen Franzosen-Kolonie in Ungarn in Aussicht. Die Einwanderungslustigen sollen aus den industriellen Gegenden bei Bayonne kommen.

Frankreich.

Paris, 29. Febr. [Tagesbericht.] Heute ist der Tag der Wahlen für den legislativen Körper. Der Kampf scheint in den meisten Wahlbezirken ziemlich heftig zu sein. In dem ersten Wahlbezirk ist Regierungs-Kandidat Guyard Delalain, ein ziemlich unbekannter Kandidat, er ist Kapitän in der Nationalgarde. Sein Konkurrent ist de Tracy.

Aus einer Bemerkung der „Patrie" geht dagegen hervor, daß bis heute Nachmittag in gewissen Bezirken der Hauptstadt sich keine lebhafte Theilnahme an den Wahlen zeige. Die „Patrie" erklärt das Fernehalten für eine erbärmliche Taktik der Gegner des Gouvernements. Die Popularität des Präsidenten würde nicht dadurch leiden, wohl aber könnten die neuen Institutionen dadurch gefährdet werden!

Obgleich die Regierung alle Mittel anwendet, um die Kandidaturen, welche jüngst der „Siecle" mitgetheilt, zu vereiteln, scheint sie doch die des General Cavaignac zu dulden, dessen Kandidatur an allen Mauern prangt und auf dessen Namen Stimmzettel vertheilt werden.

Man versichert, daß Theodor Bac, Exrepräsentant, die Erlaubniß erhalten, seinen Wohnsitz in Algier aufzuschlagen, wo er als Advokat zu leben gedenkt.

Es heißt, die Angelegenheit des Exrepräsentanten Bocher, welcher wegen Kolportirens nicht autorisirter Druckschriften vor das Zuchtpolizeigericht gewiesen worden, würde schon Mittwoch vor die zweite Abtheilung des Zuchtpolizeigerichts der Seine kommen.

Unter den politischen Verurtheilten zu Montargis befindet sich auch Herr Soutessen, ein Gutsbesitzer, der ein Vermögen von mehreren Millionen besitzt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage der Rechtsgültigkeit des Orleansdekrets vor die Gerichte kommt. Die Mitgift der Herzogin von Montpensier ist auf den Wunsch Louis Philipps in Grundstücken angelegt worden, die ebenfalls konfiszirt sind, und so wird der Herzog von Montpensier sein Recht gerichtlich verfolgen. Die Advokaten O. Barrot, Viktor Lefranc und Panier werden ihn vertreten.

Der Constitutionnel sagt: Der Krieg der falschen Gerüchte beginnt seit einigen Tagen wieder. Da giebt es Leute, die mit der ernstesten Miene von der Welt erzählen, daß die Regierung die progressive Einkommensteuer zu dekretiren gedenke. Wir können versichern, daß dieses neue, böswillige Gerücht ganz ohne Bestand ist. Die Regierung verdammt eine Steuermaßregel entschieden, die an der Spitze aller socialistischen Programme steht und geraden Weges zur Beraubung führt.

Gestern Nachmittags begab sich der Minister des Innern im Namen des Prinz-Präsidenten in das Kloster der Schwestern vom heiligen Vinzenz von Paula, Rue de l'Epée de Bois, und brachte der Superiorin dieses Klosters das Kreuz der Ehrenlegion und die Summe von 500 Franken für ihre Armen.

Paris, 29. Februar. (Schluß des sogenannten deutsch-französischen Kommunistenprozesses.) In der Sitzung vom 26. Februar wird das Verhör der Angeklagten fortgeführt, ohne neue Thatsachen zum Vorschein zu bringen. Der Angeklagte Scherzer, Schneidergeselle, ist Verfasser mehrer Broschüren, die über Kommunismus sich verbreiten. Er war Präsident der dritten Gemeinde und Mitglied des dirigirenden Komite's; auch er versichert, nie gegen Frankreich konspirirt zu haben; er stellt in Abrede, Mitglied einer Association gewesen zu sein und behauptet, man hätte sich seines Namens ohne sein Vorwissen bedient. — Nun folgt der Angeklagte Peter Nette, Schneider; er ist ein feuriger Anhänger kommunistischer Prinzipien; er gesteht dies ein, versichert aber, daß er nur durch Ueberzeugung hätte wirken wollen, ohne an Gewaltanwendungen zu denken. Gipperich hat an der Organisation der pariser Association wenig Theil gehabt, hat aber in den Ostprovinzen mündlich und brieflich Propaganda zu machen gesucht. Schneidergehülfe Egger hat Cherval und Gipperich schon zu London gekannt, wo sie gemeinschaftlich einer Gesellschaft angehörten. Bei einer Versammlung hatte er die Mitglieder davor gewarnt, beiden Schwätzern Vertrauen zu schenken, denn nur thatkräftige Revolutionäre wären ihres Vertrauens werth. Uebrigens hat er seit März 1851 nicht mehr sich an jener Gesellschaft betheiligt. — Schultze, Schneider, war Adjunkt der 2. Gemeinde, leugnet es aber und beruft sich auf den Mitangeklagten Reininger, welcher ihn einen Aristokraten gescholten. — Johann Fischer, Schneidergeselle, räumt ein, daß er Mitglied der 1. Gemeinde gewesen und Köhler, Klaviermacher, stellt in Abrede, daß er Mitglied einer geheimen Gesellschaft gewesen. Uebrigens gesteht er, daß Gipperich einen Gesangverein hätte bilden wollen, der aber gescheitert. Er gesteht ein, mit Gipperich zuweilen über Kommunismus gesprochen zu haben, wobei er aber immer mit demselben im Streit gelegen. Nikolas Urth, Schneidermeister, stellt auch in Abrede, Mitglied einer geheimen Gesellschaft gewesen zu sein. Er las gewöhnlich ultrademokratische Schriften und Zeitungen und hat daher den Verdacht auf sich gelenkt, an jenen Vereinen sich betheiligt zu haben. — Noll, Schustergeselle, hat in Baden 1849 mitgekämpft und wird in einem Briefe als ein tüchtiger Revolutionär dargestellt. Er räumt ein, mit Gipperich Umgang gehabt zu haben, ohne Mitglied einer Gesellschaft zu sein. Ernst Kaiser, Schreiner, ist in Koblenz verurtheilt worden, weil er an einer demokratischen Gesellschaft Theil genommen. Er gesteht ein, daß er mit Noll einen Gesangverein gebildet. Jakob Müller ist ein Flüchtling aus der Pfalz, der dort zu neunjähriger Haft verurtheilt war, weil er am Aufstand Theil genommen. Er räumt ein, daß er sich mit Bildung eines Gesangvereins abgegeben, daß derselbe aber einen ganz andern Zweck gehabt, um sich vor Verfolgungen zu schützen. Auch V. Mathissen giebt zu, Mitglied dieses Vereins gewesen zu sein. Die übrigen Angeklagten stellen in Abrede, Mitglieder einer geheimen Gesellschaft gewesen zu sein. Der Präsident schreitet darauf zum Verhöre der Zeugen, die über den Thatbestand nichts Neues vorzubringen wissen. Der Inhaber des Café de la Haute Saone, Warbell, berichtet, daß wöchentlich einmal sich mehre Deutsche bei ihm versammelten, die gewöhnlich allein in einem Zimmer einige Stunden blieben. Singen hat er sie nie gehört. Seine Frau bestätigt dasselbe, erkennt aber die Angeklagten nicht wieder. Der Expert, der sich über die vorgefundenen Briefschaften auszusprechen hat, erkennt die Unterschriften der Angeklagten Nette, Eggers und Schultze an. Ein anderer Wirth weiß nur zu sagen, daß die Angeklagten Cherval, Scherzer und Gipperich sich in seinem Hause nie mit Politik befaßt. Ein Schuster aus Metz sagt aus, daß Noll eines Tages im Trunke ausgerufen: „Nun, ich bin Präsident, jetzt machen wir keine Schuhe mehr für 10 Sous, man wird uns schon 20 geben." Die übrigen Zeugen wissen gar nichts. Gegen Schluß der Sitzung nimmt Generaladvokat Croissant das Wort, um den Beweis zu führen, daß hier alle Charaktere eines Komplottes vorlägen, welches nicht nur den Sturz des Gouvernements, sondern die Herbeiführung der gräulichsten Anarchie bezweckt hätte. Zum Beweis verliest er die Hauptstellen der Aktenstücke, die wir oben berührt. Cherval, Scherzer, Nette und Gipperich bezeichnet er als die Hauptschuldigen, während den Uebrigen nur zur Last zu legen, daß sie an unerlaubten geheimen Gesellschaften sich betheiligt hätten, welche im Interesse jenes Komplottes gebildet worden.

Bei der Schlußverhandlung sprach der Angeklagte Cherval zu seiner Vertheidigung: Wir sind auf Veranlassung eines Offiziers, der uns denunzirt, verhaftet worden. Nun aber will ich Ihnen sagen, was ich hoffe: Wäre ich als Aristokrat geboren worden, so wünschte ich eine Republik, wie sie einst in Polen war. Wäre ich als Bürger geboren, ich würde Girondist sein. Ich bin aber ein geborner Deutscher und deutscher Arbeiter und darum bin ich Kommunist. Wenn wir Deutsche das Bürgerthum verleugnen, so geschieht es, weil dieses weder das Beispiel des englischen noch das des französischen Bürgerthums befolgt hat. Sie haben sich das Recht erworben, uns zu richten. Das deutsche Bürgerthum hat nichts Aehnliches aufzuweisen, es hat sich feige bewiesen, und wir, die deutschen Arbeiter, werden ohne seine Mitwirkung handeln. — Die anderen Gefangenen beharren darauf, daß ihre Verbindung blos Sang und Unterhaltung und keinen politischen Zweck hatte. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen und die Jury zieht sich zurück. Nach vier Stunden giebt sie ihr Verdikt kund. Der Assisenhof spricht frei: Eggers, Köhler, Urth; verurtheilt werden zu acht Jahren Gefängniß Cherval und Gipperich; Scherzer und Nolte zu drei Jahren Gefängniß; Nolle zu zwei Jahren; Nayler und Müller zu einem Jahre; Schulz, Fischer und Mathesen zu sechs Monaten Gefängniß. Alle wurden zu 100 Frs. Strafe und den Gerichtskosten verurtheilt.

Belgien.

Brüssel, 29. Februar. [Die Vorgänge im geheimen Komitee.] Das „Journal de Bruxelles" bringt einige Details über die Vorgänge im geheimen Komitee und bemerkt zunächst, daß der Kriegsminister an dieser geheimen Sitzung nicht Theil genommen. Der Finanzminister habe auf die Interpellation des Herrn Osy, welcher über die Rüstungen Aufschluß haben wollte, die das Gouvernement ohne vorgängige Zustimmung der Kammern beschlossen, erklärt, daß eine außerordentliche Ausgabe von 5 Millionen vorläufig gemacht worden, daß die um Antwerpen ausgeführten Arbeiten gegen 1 Million kosten, und daß die Gesammtausgabe für dieses Jahr nicht 8 Millionen überschreiten würde. Der Finanzminister hätte sich aber nicht über die Quellen ausgelassen, aus welchen diese Gelder fließen sollten. Der Minister des Aeußern hätte übrigens unsere diplomatischen Beziehungen zu der französischen Republik in der beruhigendsten Weise geschildert. Ohne daß das Journal für die Richtigkeit der Mittheilungen einstehen will, bemerkt es, daß diese Mittheilungen in unsern Salons zirkulirten. Die „Independance" erklärt die darüber umlaufenden Gerüchte für übertrieben, die um Antwerpen anzulegenden Vorwerke wären bereits vor einigen Jahren beschlossen gewesen, und die Kosten dafür könne man aus den Ueberschüssen bestreiten, welche einige Einnahmequellen geliefert, ohne daß man neuer Geldverwilligungen bedürfe. Die „Emanzipation" will wissen, daß der Herzog von Leuchtenberg eine halbe Million in belgischen Staatspapieren angelegt habe.

Der „Moniteur" veröffentlicht einen königl. Beschluß, welcher den Vertrag gutheißt, den das belgische Gouvernement mit den Direktoren des unterseeischen Telegraphen abgeschlossen. Kraft dieses Vertrags wird eine direkte telegraphische Verbindung von der belgischen Küste spätestens binnen einem Jahre ausgeführt werden.

Schweiz.

Bern, 26. Februar. [Ausweisungen.] Der Regierungsrath hat auf den Antrag der Polizeidirektion beschlossen, von den 17 politischen Flüchtlingen, welche theils auf Garantie der eidgenössischen Behörden oder Gutsprechung der Behörden, theils auf Geld-Deposita noch im Kanton geduldet werden, folgende sechs wegen ihrer Einmischung in unsere politischen Verhältnisse aus dem Kanton zu weisen: 1) François Ernest Fournier aus Frankreich, wohnhaft in Bern; 2) Friedrich Frech, von Oberkirch, Großherzogthum Baden, wohnhaft in Bern; 3) Wilhelm Löwe, aus Calbe in Preußen, wohnhaft in Bern; 4) Ludwig Pfau, aus Heilbronn im Würtembergischen, wohnhaft in Bern; 5) Robert v. Herzer, aus Baden-Baden, wohnhaft in Steffisburg, und 6) Max Fiala, aus Karlsruhe, wohnhaft in Bern. (F. J.)

Asien.

O.C. [Nachtrag zur letzten ostindischen Ueberlandpost. — Ueber den Kriegsausbruch mit Birman.] Am 4. Januar traf der neue Vicekönig in Rangun ein; ungeachtet der König den Befehl zu friedlicher Ausgleichung mit den Britten gegeben hatte, ward nicht nur keine Miene dieser Art gemacht, sondern endlich jede Genugthuung entschieden verweigert und der Verkehr mit der brittischen Flotte verboten. Am 8. forderte der Kommodore Lambert alle Europäer auf, sich zur Sicherheit einzuschiffen. Sechszig Unglückliche, die zurückblieben, um ihre Habe zu retten, wurden eingekerkert. Am 9. verlangte der Vicekönig, daß die brittische Flotte den Fluß aufwärts fahre, widrigenfalls auf dieselbe geschossen werden würde. Am 10. bugsirte man den „Fox", welcher sich 400 Yards von der Strandbatterie aufstellte. Als er sich anschickte, ein birmanisches Kriegsboot zu nehmen, was ihm auch gelang, ward von den Birmanen richtig gefeuert. Nunmehr erfolgte ein zweistündiges Gefecht, in welchem die Engländer Sieger blieben; die Birmanen zählten 300 Todte und 600 Verwundete. Hierauf erklärte der Kommodore alle Küsten des birmanischen Reiches, wo Flüsse einmünden, in Blokadezustand und ist sofort nach Kalkutta abgereist, um sich Verhaltungsbefehle zu holen. Schon jetzt werden große Vorbereitungen zu einem Feldzuge getroffen, der jedoch erst im Oktober ernsthaft beginnen dürfte, da zum Behufe der Expedition Dampfer aus England requirirt werden müssen. Nach der Bombay Times wären auch Nordamerikaner insultirt worden; dies gäbe nach der Meinung dieses Blattes den vereinigten Staaten willkommene Gelegenheit einzuschreiten und die Er-

füllung eines ihrer Lieblingswünsche, nämlich die Erwerbung eines anziehenden Punktes in Asien zu bewerkstelligen.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 3. März. [Zum Besten des Krieger-Begräbnißvereins] wird am 20. d. M. ein großes Doppelkonzert im Kutznerschen Saale stattfinden. Die stattlichen Räume werden mit militärischen Emblemen und sinnigen Verzierungen anderer Art reich dekorirt sein. Für das Orchester ist die Kapelle des Herrn Musik-Direktor Schön und das Musikchor des 19. Infanterie-Regiments gewonnen. Eine geschätzte Dilettantin und Herr Musikdirektor Schnabel haben Vorträge auf dem Fortepiano versprochen. Die ausgezeichnetsten Sängerkräfte am hiesigen Theater, Fräulein Babnigg, so wie die Herren Rieger und Prawit haben ihre Mitwirkung ebenfalls zugesichert.

---

* **Breslau,** 3. März. [Breslauer Handlungsdiener-Ressource.] Der von der Handlungsdiener-Ressource veranstaltete zweite und zugleich letzte Ball dieser Saison fand am vorigen Sonnabend im Kutzner'schen Saale statt und war äußerst zahlreich besucht. Der im großen Kreise vereinte schöne, tanzlustige und gewählte Damenflor, welchen die exakte Musik der Göbel'schen Kapelle zum frohen Reigen entflammte, gewährte in der That einen lieblichen Anblick. Auch Herr Ober-Bürgermeister Elwanger und die zahlreich anwesenden Herren Prinzipale der Mitglieder, welche das Fest mit ihrer Gegenwart beehrten, sprachen sich sehr befriedigend über dasselbe aus. Wie bei den früheren Bällen, waren auch diesmal die Programms äußerst sauber und geschmackvoll lithographirt und machten uns mit drei neuen Piecen bekannt, nämlich der „Ressourcen-Polonaise" von Moriz Liebich, dem „Liebich-Polka" von Pfeiffer und dem „Odeon-Galopp" von Neumann, welche allgemeinen Beifall fanden. Erwähnte Komponisten, welche sich überhaupt für diese Gesellschaft warm interessiren, haben derselben schon oft bei den dramatischen und bei den allwöchentlich Donnerstags stattfinden musik. Abend-Unterhaltungen (geleitet von Herrn Lehrer Stephani), so wie die Herren Lüstner, Sickert, Stange, Tschmarke ꝛc. so manchen Kunstgenuß durch ihre trefflichen Leistungen bereitet. — Auch machte die wachsende Mitgliederzahl (die seit vorigen Oktober um 70 Personen zugenommen) es möglich, auch auf dem Felde der Wissenschaft durch die mit dem Handlungsdiener-Institut im Verein arrangirten gediegenen Vorträge der Herren Pror. Marbach (Physik), Dr. Schwarz (Chemie), Dr. Gröger (Geschichte) ꝛc. eben so unterhaltend als belehrend zu wirken. — Betrachten wir nun den geringen jährlichen Beitrag von 2 Thalern und die dafür den Mitgliedern gebotenen mannigfaltigen Vergnügungen, die sich auch bei unserem Publikum von Anfang an eines regen Beifalls zu erfreuen hatten, so haben wir alle Ursache, dieser Ressource eine immer größere Theilnahme zu wünschen, um auf dem betretenen Pfade rüstig vorwärts zu schreiten.

---

§ **Breslau,** 3. März. [Konstitutionellle Bürger-Ressource.] Der Vorsitzende eröffnete die gestrige Versammlung im Saale des „König von Ungarn," welche sehr zahlreich besucht war, mit einigen Worten in Beziehung auf die jüngst angeregte Wahlangelegenheit. Die Ressource habe dieselbe nie in die Hand genommen, sondern dem „städtischen Wahlkomitee" überlassen. Dieses verfehlte auch nicht, die geeigneten Vorkehrungen zu treffen, und lud die Wahlmänner seiner Gesinnung auf künftigen Donnerstag zu einer Vorberathung ein. Da jedoch der Termin für die Wahl der Abgeordneten noch nicht bekannt, und der Wahlkommissarius, Hr. Oberbürgermeister Elwanger, verreist war, so mußte die Vorversammlung unterbleiben. Dieselbe wird indeß auf einen anderen Tag verlegt werden. Was außerdem geschehen konnte, ist von Seiten des Komite's gethan worden.

Hr. Stephan knüpfte seinen Vortrag „über die Entwickelung der deutschen Verfassung" — an die früher einmal mitgetheilten Bemerkungen „über die deutschen Stände." Der Redner unterschied folgende 5 Entwickelungsstufen: 1) die vorchristliche bis zur Völkerwanderung, welche er als die streng aristokratische bezeichnete; 2) Vom Anfang der heutigen europäisch-christlich-germanischen Bildung bis zu den Kreuzzügen, Zeit der feudalen Aristokratie; 3) die deutsche Reichsverfassung mit Reichs- und Landständen; 4) die Zerklüftung in religiöser Beziehung und gleichzeitiger Verfall des deutschen Kaiserreichs; 5) Auflösung des deutschen Reichs und Umgestaltung des Bundesstaats in einen Staatenbund. Von der Selbstständigkeit der Einzelstaaten verspricht sich der Redner den höchsten Gewinn für die staatsbürgerliche Freiheit und in ihren Verfassungen hält er die mittelalterlichen Institutionen mit den Anforderungen der Neuzeit für vollkommen versöhnt.

Der Fragekasten brachte diesmal eine Menge interessanter Gegenstände zur Erörterung. Hierbei bemerkte der Vorsitzende, daß eine Kommission zur Berathung über die Wahl eines Sommerlokales ernannt sei, welche in einer General-Versammlung Ende dieses Monats Bericht erstatten wird. Unter 800 ausgegebenen Mitgliedskarten sind bereits so viele von neuem akzeptirt, daß der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist. Zu Sommer-Lokalien wurden der Wintergarten und der Schießwerder vorgeschlagen, letzterer namentlich wegen der freien Garten-Anlagen.

Breslau, 3. März. [Polizeiliche Nachrichten.] Am 1. d. M. Abends gegen 9 Uhr hörten mehrere Personen, namentlich die Arbeiter Kurz und Heimlich, so wie der Schlossergeselle Dietrich, Schneidermeister Fiedler und Schuhmachermeister Scholz unweit des Kaiserthores von der Oder her den Hülferuf eines Menschen. Sie eilten sofort an die Oder und bemerkten hier einen, dem Ertrinken nahen Menschen. Es gelang ihren vereinten Bemühungen, denselben schon im bewußtlosen Zustande aus dem Strome herauszuziehen. Der Verunglückte ist ein dienstloser Kutscher und scheint aus Nahrungssorgen den Versuch gemacht zu haben, sich selbst ums Leben zu bringen. Derselbe wurde sogleich polizeilicherseits mittelst einer Droschke nach dem allgemeinen Hospital gebracht und hier in Pflege genommen.

Am 28. v. M. bemerkte eine Frau, welche auf dem Boden des noch nicht völlig ausgebauten Hauses Nr. 10 Kleine Dreilindengasse ein Geschäft hatte, hinter dem Schornstein die Füße eines Mannes hervorragen. Sie hatte im Augenblicke nicht den Muth, die Sache genau zu untersuchen, sondern rief einen Polizeibeamten herbei, welcher bei genauer Untersuchung fand, daß sich der Mann an dem bezeichneten Orte in halb liegender Stellung gehangen hatte. Der Leichnam wurde sofort abgeschnitten und ein Arzt herbeigerufen, der indessen Wiederbelebungsversuche für überflüssig erklärte, da die Spuren der Verwesung bereits vorhanden waren. Der Entleibte ist ein Tagearbeiter und zu dem Selbstmorde wahrscheinlich durch den Umstand getrieben worden, daß er sich in einer Untersuchung befand und einer namhaften Strafe entgegensah.

Am 1. d. M., Mittags gegen 1 Uhr, bemerkte eine Bewohnerin des Hauses Nr. 18 am Neumarkt, daß aus dem unter ihrer Wohnung im Vordergebäude belegenen Keller ein sehr starker Rauch hervordrang. Es wurde Lärm gemacht und sofort die Kellerthüre, so wie die sonstigen Oeffnungen mit Dünger versetzt, um das Feuer zu ersticken. Auch eilte alsbald die Böttchermittelspritze und die Tischlermittelspritze herbei. Da die alsbald angestellten Nachfragen indessen ergaben, daß sich in dem Keller weiter nichts befand, als die Utensilien mehrerer Grünzeughändler, so schien es nicht bedenklich, den Keller zu öffnen, und es gelang auch bald, das Feuer auszugießen. Mehrere Körbe und dergleichen waren verbrannt, und der Schaden nur unbedeutend. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß das Feuer durch Vernachläßigung entstanden ist.

Der Tagearbeiter Fuhrmann, welcher, wie auch in d. Bl. mitgetheilt, vor einigen Tagen durch das Herabfallen einer Wollzüche beim Abladen eines Wagens verunglückte und namentlich einen Beinbruch erlitt, ist auch sonst durch diesen Unfall so schwer verletzt worden, daß an seinem Aufkommen bald nach seiner Einbringung in das Hospital gezweifelt wurde. Er ist in Folge der erlittenen Verletzungen am 28. v. M. verstorben. Uebrigens war der Verunglückte unverheirathet und ohne Familie. (Bresl. Anz.)

[Berichtigung.] Die in unserer gestrigen Nummer gemachte Mittheilung wegen Anlegung einer Kipfel-Bäckerei haben wir dahin zu berichtigen, daß einem hiesigen Bankier durch Beschaffung des dazu gehörigen Mehls und nöthigenfalls durch Gewährung eines Kapitals die Veranlassung gegeben werden soll, dem hiesigen Publikum ein ebenso schönes Weißgebäck, wie man dergleichen in Karlsbad und Wien meist allgemein bekommt, zu bieten; — hierzu jedoch keine Aktienzeichnungen angenommen werden.

---

* **Aus der Provinz.** [Raubanfall.] Am 25. Februar des Nachts gegen 12 Uhr kehrte der Häusler Heinrich Bloy aus Garuschke im Kreise Militsch, welcher in Schlabitz bei seinen Freunden zur Fastnacht gewesen war, nach Hause. Als er Militsch passirte, fand sich zu ihm ein junger ihm unbekannter Mann mit den Worten: wo seid Ihr her? Auf die Antwort, daß er aus Garuschke sei, erwiederte jener, daß er aus Protsch wäre, und da er den erstern Ort passiren müsse, ihm Gesellschaft leisten wolle. Als sie den Wald ¼ Meile hinter Militsch erreicht hatten, frug der unbekannte Mann den ꝛc. Bloy, ob er sich nicht fürchte, und auf die Antwort: Nein! faßte der Unbekannte den ꝛc. Bloy bei dem Halse mit den Worten: „Hund verfluchter, gieb das Geld, oder du stirbst!" warf ihn auf die Erde, kniete ihm auf die Brust, schlug ihn mit einem Steine auf den Kopf, brachte ihm sonach mehrere Wunden bei, und nur durch die größte Anstrengung gelang es dem auf der Erde Liegenden zu entkommen. Am 26. wurde der Bezirks-Gendarm unter Uebergabe einer Mütze, welche der Räuber zurückgelassen hatte, von dieser That in Kenntniß gesetzt, welcher auch sofort die Mütze für die des Tagearbeiters Gottfried Zippel aus Militsch anerkannte. Derselbe wurde verhaftet und trotz allem Leugnen, sowie Vorzeigung einer ähnlichen Mütze, ist es dennoch gelungen, ihn zum Geständnisse zu bringen, worauf er der Polizeiverwaltung der Herrschaft Militsch zur Untersuchung und Bestrafung überliefert wurde.

---

* **Neisse,** 2. März. [Militärisches. — Das gesellige Leben. — Theater. — Eisgewinnung.] Unter Führung des Premierlieutenants v. Winkler marschirte zu Ende der jüngstverflossenen Woche ein Kommando des 22. Infanterie-Regiments in der Stärke einer Kompagnie nach der Festung Kosel ab. Das Detachement erhielt das Geleit von dem Herrn Major v. Chappuis und marschirte unter klingendem Spiele der Regimentsmusik aus der Stadt. — Die Freuden der Geselligkeit haben in diesem Winter bei uns eine größere Ausdehnung erlangt, als seit Jahren. In der „großen" Ressource, zu welcher vorzugsweise die Militärfamilien gehören, fand gestern eine theatralische Vorstelluug von Mitgliedern der Gesellschaft statt, und es trug die Aufführung zweier Piecen: „der Militärbefehl" und „Ein Herz verloren" nicht wenig dazu bei, den Genuß des geselligen Zusammenseins in erfreulichster Weise zu erhöhen. Wie man erfährt, beabsichtigen mehrere Familien, welche in diesem Winter der Logengesellschaft beigetreten waren, künftig in den Ressourcen-Verein sich aufnehmen zu lassen, da die Räumlichkeiten des Logengebäudes in der abgelaufenen Saison kaum ausreichend waren, um den Anforderungen der ungemein zahlreichen Gesellschaft hinsichtlich der Lokalität entsprechen zu können. — Da unser neues Theatergebäude noch des innern Ausbaues ermangelt, so wird der Schauspieldirektor Heinisch einen geräumigen Saal des Gasthauses zur Sonne für seine Vorstellungen in Benutzung nehmen. Wir wünschen, daß es demselben gelingen möchte, den Eindruck der nicht ganz günstigen Lokalität durch den Werth des gewählten Repertoirs, wie einer guten Aufführung zu seinem Vortheile zu wenden, damit das Publikum, welches, abgesehen von vereinzelten Vorstellungen der Privatvereine, im Allgemeinen schon den ganzen Herbst und Winter hindurch die Freuden des Schauspiels entbehren mußte, doch jetzt wenigstens einigen Ersatz erhält, um so mehr, da andere öffentliche Lustbarkeiten bis zu Ostern cessiren müssen. — Einer unserer Festungsgräben auf der Seite nach Neustadt zu, welcher seit Kurzem bewässert ist, hat durch die scharfen Fröste der letzten acht Tage eine ansehnliche Eisdecke erhalten, welche zwar zur Zeit noch von den Schlittschuhläufern benutzt wird, bald aber, in einzelne Schollen zertheilt, durch militärische Strafarbeiter in die Eiskeller zur eventuellen Verwendung im hiesigen Garnisonlazareth gebracht werden soll. Ob nach der Beschaffung für die Nützlichkeitszwecke von dem „Gefrorenen" zur Erquickung der Gesunden viel übrig bleiben wird, muß vorläufig noch einigem Zweifel unterliegen, da die Neisse gar nicht zugefroren ist und das Eis in den Gräben die Stärke von wohl nur wenigen Zollen bis jetzt erreicht haben möchte.

---

* **Myslowitz,** 2. März. Die russischen Großfürsten Nikolaus und Michael werden auf ihrer Reise über Wien nach Italien in diesen Tagen hier erwartet. Aeußerem Vernehmen zufolge sollen sie am 4. oder 5. d. M. hier eintreffen und über Kosel und Ratibor nach Oderberg mit einem oberschlesischen Separatzug befördert werden.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Herr Wohlbrück gastirt noch immer bei uns; am 3. März wird zu seinem Benefiz „Der Geizige", von Moliere, aufgeführt. — Der Ertrag der Vorlesungen im Lokale der oberlausitzischen Gesellschaft der Wissenschaften zum Besten eines Denkmals für J. Böhme beläuft sich auf 24 Thlr. 20 Sgr. — Die Erklärung des Präsidenten Graf Löben macht selbst hier großes Aufsehen, namentlich der letztere Theil derselben. Leider giebt es in der ganzen Lausitz Männer von gewisser Richtung, die eine Lostrennung von Schlesien nach Kräften anstreben. Populär ist aber dieses Streben nicht. Da die Erklärung des Herrn Grafen für viele Schlesier von Interesse sein wird, möge sie hier folgen. Ursprünglich ist sie Berichtigung eines im „Görl. Anz." erschienenen Artikels, sie lautet:

„In Nr. 24 d. Bl. ist gesagt: a) die Vereinigung der beiden Lausitzen zu einem Regierungsbezirk sei an dem Widerspruche der Niederlausitz gescheitert; b) hiernach könne nur das Wenige, die Lostrennung der Oberlausitz von Schlesien und die Vereinigung mit dem Regierungsbezirk Frankfurt noch angestrebt werden. Beides entspricht dem wahren Sachstande nicht. Das sub a) gedachte Projekt ist noch nicht gescheitert, da noch kein abweisender Bescheid der höchsten Behörden auf den Antrag des letzten Landtages vorliegt, und es ist namentlich auch nicht an dem Widerspruche der Niederlausitz gescheitert, da weder der Landtag der Niederlausitz, noch die Landes-Deputation derselben zur Zeit eine Erklärung über jenen Antrag abgegeben hat. Die Tendenz der hiesigen Stände geht allerdings dahin, nicht unbedingt auf jenem Projekt zu bestehen, wenn nur in anderer Weise wenigstens die Abtrennung von Schlesien und die Zuschlagung zur Provinz Brandenburg erfolgt. Letztere betrachten sie als die Hauptsache, weil naturnothwendig die Oberlausitz, als einzige Anomalie in dem großen Körper der Provinz Schlesien, nach und nach untergehen muß, während in der Provinz Brandenburg, die umgekehrt nur aus kommunalständischen Verbänden besteht, ihre provinzielle Selbstständigkeit sicher gestellt wäre."

Am 2. März wird Herr Thierarzt Häring einen Vortrag halten über: „Ist nach Theorie und Erfahrung das Pferdefleisch im Allgemeinen als ein gesundes Nahrungsmittel für Menschen zu halten?" — Unser „Anzeiger" veröffentlicht ferner einen

Passus aus dem amtlichen Bericht über die Industrie-Ausstellung aller Völker zu London, welcher Passus die Tuchfabrikation in Schlesien und in der Lausitz behandelt. „Die preußische Provinz Schlesien, so lautet der Bericht, erhielt gleicherweise Medaillen für ihre Tuche. Zwar befriedigte die Bearbeitung der Waaren aus Schweidnitz nicht ganz, desto mehr Anerkennung fand aber Karl Samuel Geißler in Görlitz bei der Jury wegen Bearbeitung und Färbung seiner verschiedenfarbigen Tuche, die sich zugleich durch etwas mehr Körper dem englischen Geschmack empfahlen. Dieses Haus, das viel nach der Levante ausführt, verdient die empfangene Medaille. Ebenso wurde die Tuchappretur-Anstalt von Gevers und Schmidt daselbst mit einer Medaille bedacht, wegen vorzüglicher Bearbeitung, Färbung und Appretur, besonders aber wegen der angegebenen billigen Preise der von ihr ausgestellten Tuchwaaren. Diese Medaille ist eigentlich eine Anerkennung der Tuchfabrikation der Provinzen Sachsen und Schlesien, welche durchweg ähnliche Tuche zu gleichen Preisen liefert und hier von ihrem stärksten Exportanten würdig repräsentirt war. 2c. 2c.

* Lauban. Die hiesigen Bäcker-, Fleischer- und Schuhmacher-Innungen haben bei den Kammern eine Petition eingereicht, sie für den Verlust der sogenannten „Bankgerechtigkeiten" zum ausschließlichen Betriebe ihrer Gewerbe, welche sie bis zum Erscheinen der allgemeinen Gewerbe-Ordnung 1843 besaßen, zu entschädigen.

† Strehlen. Die hiesige Sparkasse ist im vorigen Jahre um 5827 Thlr. gewachsen, das Gesammtkapital beträgt jetzt: 22,238 ⅙ Thlr. Der Reservefonds auf 3453 ½ Thlr. im Nennwerth gewachsen.—Der Herr Landrath bringt den Ministerial-Erlaß vom 8. Sept. 1817 wider die Darstellung biblischer Stoffe, namentlich der Passion, auf Marionetten u. a. Wanderbühnen in Erinnerung.

Gleiwitz. Am 25. Februar hat unser Gemeinderath beschlossen, zwei Schulgebäude für je 8 Klassen zu errichten. Da auch noch mehre andere Bauten ausgeführt werden sollen, so dürften hier viele arbeitslose Individuen Beschäftigung und Unterhalt finden.

Tost. Am 1. März fand hier die Einführung der Gemeinde-Ordnung statt. Der Magistrat besteht aus den Herren: Bürgermeister Kachel, Seifensiedermeister Urbainczyk (Beigeordneter), Zimmermeister Chlubek, Gastwirth Friedrich, Kaufm. Krawietz, Gastwirth Laska (Schöffen). Der Gemeinderath besteht aus: Apotheker Kalkowski (Vorsitzender), Dr. Pauly (Stellvertreter), Kommerzienrath Guradze, Kaufleute Zepler, Krauß, Kurka, Pragall, Tischlermeister Herrmann und Tuchfabrikant Lannua.

♃ Kosel. Am 28. Februar fand auf dem hiesigen Bahnhofe eine Zusammenkunft der Herren Graf Pückler, Eisenbahndirektor Lewald, Ober-Ing. Rosenbaum, Rechtsanwälte Zicks und Koch aus Leobschütz statt, in der beschlossen wurde, den Kostenanschlag einer Eisenbahn von hier nach Leobschütz zu entwerfen.

□ Grünberg. Der hiesige Magistrat bietet der Uebernahme der Reinigung der öffentlichen Plätze an den Mindestfordernden zur Entreprise aus. — Am 3. März versammelte sich hier der landwirthschaftliche Verein. Herr Oberamtmann Abitz wird einen Vortrag über die Arbeiterverhältnisse, Herr Inspektor Gätsch über Erfahrungen, den Kartoffelbau betreffend, Herr Oekonomierath Rothe über Drainage, Herr Oberförster Muskate über Kieferpflanzungen, und Herr Oberamtmann Götz über Drehkrankheit und Lämmerlähme halten. — Der hiesige Musikverein wird öffentlich aufgefordert, die Aufführung des „Sängerkampfes" von Tschirch zu veranstalten. — Der hiesige Frauenverein hatte im vorigen Jahre eine Einnahme von 160 Rtl. 5 Sgr. 4 Pf., dagegen betrug die Ausgabe 82 Rtl. 2 Sgr.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

Breslau. [Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.] Am 27. Febr. hielt der Herr Prof. Dr. Röpell in oben genannter Versammlung einen Vortrag über „England im Jahre 1815/16".

Er wies zunächst darauf hin, daß die Geschichte Englands seit dem Weltfrieden von 1815 eben so interessant als lehrreich sei, von welchem Standpunkte und Interesse aus man sie auch betrachten möge. Denn in keinem anderen Staate Europas habe eine so allseitige und stetig fortschreitende Entwickelung stattgefunden, deren Resultate wie dort auf dem gesetzlichen Wege großer Reformen ohne alle gewaltsame Erschütterung konsolidirt worden seien. Es sei daher wohl zu bedauern, daß bei uns auch jetzt noch immer die Aufmerksamkeit und Theilnahme sich vielmehr auf Frankreich als auf England wende, während doch bereits die großen Männer, denen wir die Regeneration unseres Staates nach dem Unglück von 1806 verdankten, ein Stein, v. Vincke u. A. uns auf England und nicht auf Frankreich, als auf ein Vorbild für politische und sociale Organisationen hingewiesen hätten. Jetzt sei nun von der durch mehrere national-ökon. Schriften rühmlich bekannten Miß Martineau unter dem Titel: England during thirty years of peace in zwei sehr starken Bänden ein Werk erschienen, welches uns das Studium der englischen Geschichte seit 1815 außerordentlich erleichtere. Eine deutsche Uebersetzung oder Bearbeitung sei freilich bis jetzt nicht erschienen, und die Buchhändler, mit denen er, der Vortragende, über ein Unternehmen der Art gesprochen habe, hätten ihm, sehr charakterisch für unsere Zustände, erwidert, sie trügen Bedenken auf dasselbe einzugehen, weil selbst unter den sogenannten gebildeten Ständen das Interesse für historische und national-ökonomische Schriften noch immer überaus gering sei.

Der Vortragende las hierauf die Uebersetzung eines Kapitels des angefangenen Werkes, welches den interessanten und lehrreichen Kampf betraf, der im Jahr 1815 und 1816 zwischen dem damaligen Ministerium Castlereagh und dem Parlamente über die Beibehaltung oder Aufhebung der Vermögens- und Einkommensteuer hartnäckig geführt wurde. Während 20 Kriegsjahren war eine Einkommensteuer von 10 pCnt. gefordert worden. Das Ministerium wollte sie nach Beendigung des Krieges beibehalten. Hiergegen protestirte zuerst die londoner Gemeinde. Ihr traten bald viele andere bei. Auch gegen den ministeriellen Beschluß, diese Steuer von 10 auf 5 pCnt. herabzusetzen, petitionirte das Land, und die Regierung mußte die Termine, an welchen die Sache zum Abschluß kommen sollte, immer wieder auf längere Zeit hinaussetzen. Auch ein längeres, vorsätzliches Schweigen der Minister zu den eo ipso einseitigen Debatten über diesen Gegenstand konnte ihnen keinen Sieg verschaffen. Man wußte sie zur Theilnahme an den Debatten zu nöthigen. Wie höchst interessant diese letzteren gewesen sein müssen, geht daraus hervor, daß die Mitglieder des Parlaments, ungeachtet sie von Nachmittag 4 Uhr bis über Mitternacht hinaus gesessen und debattirt hatten, dennoch weder sie selbst, noch die zahlreichen Zuhörer nach dem Schlusse der Sitzung verlangten.

Der 17. März 1816 war der Termin der Entscheidung dieses denkwürdigen Kampfes. Um 11 Uhr Abends brachte noch Sir William Curtis eine Petition ein, welche auf einer großen von den Bankiers und Kaufleuten des Landes abgehaltenen Versammlung von gegen 15,000 Personen unterzeichnet war. Eine Majorität von 37 Stimmen beseitigte die gedachte Steuer, von der Wilberforce sagte: „Diese Steuer und der Krieg sind Eheleute." — Es war das kein Parteisieg, sondern ein Sieg der öffentlichen Meinung des bei weitem größten Theiles der Nation, die in ihrer Masse weder den Tories noch den Whigs angehört, und damals sich mit aller Energie und Ausdauer des kraft der Verfassung ihr zustehenden Rechts bediente, durch zahlreiche öffentliche Versammlungen, und in denselben berathene und unterzeichnete Petitionen ihre Interessen und ihre Wünsche der Krone und dem Parlamente gegenüber zu offenbaren und geltend zu machen. Auf der anderen Seite zeigten aber auch Parlament und Nation noch während derselben Sitzung, daß das große Prinzip der Ersparung in den öffentlichen Ausgaben sie nicht abhielt, auf das freigebigste den Bedürfnissen der königlichen Familie entgegen zu kommen. Dasselbe Parlament, welches eine neue Regulirung der Civilliste vornahm, indem es von ihr alle Ausgaben absetzte, die nicht unmittelbar zum Hofhalt gehörten, bewilligte der Prinzeß Charlotte bei ihrer Heirath mit dem Prinzen von Koburg einstimmig 60,000 Pfd. St. jährlich und dem Prinzen, falls er die Prinzeß überleben sollte, eine Einnahme von 50,000 Pfund pro Jahr auf Lebenszeit. Der Gedanke an eine patriotische Königin, welche alle ihre hohen Pflichten mit beharrlichem Eifer erfüllte, auf die Liebe ihres Volkes vertraue, freie und geistige Neigungen habe, und ihren Thron durch die Tugend ehelicher Liebe heilige, bestimmte diese Beschlüsse des Parlaments, welche in der Nation den allgemeinsten Anklang fanden.

Dieser Vortrag erzeugte in dem Ref. und gewiß auch in vielen andern Zuhörern den Wunsch, daß dieses englische Werk, sei es durch Uebersetzung oder eine verkürzte Bearbeitung, der deutschen Lesewelt zugänglich gemacht werde möge.

⚖ **Breslau,** 29. Februar. [Der Sängerkampf.] Die von Herrn Wilhelm Tschirch komponirte „dramatische Kantate der Sängerkampf" ist nicht nur in einigen Provinzialstädten, sondern auch am verflossenen Freitage Abends in unserem Musiksaale (Seitens des akademischen Musik-Vereins) zur Aufführung gebracht worden. Sie hat nicht allein durch diese verschiedenen Aufführungen einen gewissen Ruf erlangt, sondern die Aufmerksamkeit der musikalischen Welt ist schon um deshalb auf dieselbe gelenkt worden, als bereits ein früheres Werk*) des strebsamen Komponisten mit Preis gekrönt worden ist. Aus diesem Grunde dürfte es zu rechtfertigen sein, wenn des bezeichneten Tonwerkes wiederholt in diesen Blättern gedacht wird. (Vergl. Nr. 60 der Bresl. Ztg.)

Was zunächst den Gegenstand der Dichtung betrifft, so ist die Idee: hierzu den Kampf der Sänger oder vielmehr der verschiedenen Lieder-Gattungen zu wählen, eine sehr glückliche zu nennen. Die Ausführung aber ist dem Dichter gänzlich mißglückt. Wir meinen hier nicht den Versbau, die Sprache 2c., sondern die Disposition und Bearbeitung des Stoffes. Soll der Kampf der Sänger oder der Gesangs-Gattungen ein gerechter, soll ein entscheidendes unparteiisches Urtel möglich und der krönende Preis endlich wirklich dem Würdigsten zu Theil werden, so muß der Kampf ein gleicher sein, er muß auf gleichem Terrain und mit gleichen Waffen ausgefochten werden. Der Dichter führt aber die ungleichartigsten Elemente in den Kampf. Der erste Kämpe, ein Lied zum Preise der Freundschaft, tritt als **Terzett** auf. Der zweite Kämpe erscheint sogar in der Uebermacht eines vollständigen, für sich bestehenden Tongemäldes. Das „Schlachtgemälde" ist kein bloßer Krieger-Chor mehr, sondern ein in sich abgeschlossenes, kleines musikalisches Drama. Der dritte Kämpe für „die Liebe" ist ein einzelner Minnesänger, gegen welchen gleich darauf ein gewaltiger „Zecher-Chor" unter einem eben so rüstigen Anführer ankämpft. Der siegende und mit Preis gekrönte religiöse Volksgesang endlich erscheint durch ein dichterisches Kunststückchen nur von fern als ein unsichtbarer Sängerchor. — Das Ganze bildet auf diese Weise keine harmonische Einheit, es durchdringt dasselbe kein leitender Gedanke, sondern es sind lose aneinander gefügte Einzelnheiten, denen noch das wesentlichste dramatische Prinzip, die poetische Gerechtigkeit, mangelt.

Es ist unbegreiflich, warum der Dichter bei Lösung der gestellten Aufgabe nicht nach dem Zunächstliegenden griff. Es ist unbegreiflich, warum er die Scene nicht in das romantische Mittelalter verlegte, und einen jener Kämpfe der Minnesänger darstellte. Die Geschichte bietet ihm hier das schönste Material, den Stoff schon fix und fertig dar; er durfte ihn nur in Versen wiedergeben. — So viel in Kürze über den Text.

Was die musikalische Komposition betrifft, so scheint das Mißrathen der Dichtung die Phantasie des Komponisten erkältet zu haben, die schöpferische Kraft ist ihm erlahmt, nur hie und da erhebt sie sich zu einem schönen Auffluge.

Der erste Chor-Gesang, „Du Strom aus fernem Seraphslande", ist imposant und vielversprechend. Die Melodie ist würdig, die Harmonie kräftig, voll und effektreich. Selbst den Ansatz zu einer Fuge wollen wir dem Komponisten am Schlusse verzeihen, obgleich er mehr erkältend als begeisternd wirkt und nur deshalb da zu sein scheint, um ein musikalisches Kunststückchen zu produziren.

Das nachfolgende Zwiegespräch zwischen dem Herold und dem Sängerpaar ist sowohl in Dichtung als Musik unbedeutend und einigermaßen auch überflüssig. Was hier mit einem langen Herüber und Hinüber gesagt wird, konnte recht gut in einem kurzen Recitativ des Herolds enthalten sein. — Der kurze Chor dagegen: „Ihr Sänger, auf" ist lebendig und schön.

Das folgende Terzett „zum Lobe der Freundschaft" ist ohne besondere Wirkung. Es klingt ganz angenehm fürs Ohr, ohne aber bis zum Herzen zu dringen, der zündende Funke fehlt gänzlich.

Das „Schlachtgemälde" tritt nun wie ein deus ex machina unter die kämpfenden Sänger, es ist, wie schon oben bemerkt, ein von dem Ganzen völlig losgetrenntes Werk, es ist gleichsam eine in eine Oper eingelegte Arie. — Auch an sich betrachtet, fehlt dem Schlachtgemälde das wahrhaft dramatische Element gänzlich, es ist ein in Versen gebrachter Zeitungs-Bericht über ein Treffen. Natürlich mußte die Aufgabe, denselben in Musik zu setzen, eine unlösbare sein, ausgenommen, der Komponist hätte einen musikalischen Scherz liefern wollen. So singt z. B. der Chor:

*) Eine Nacht auf dem Meere.

Von der Höh' im Morgenstrahl
Späht umher der General;
Durch das Feld — im kecken Wagen
Sieht man — Adjutanten jagen.

Ferner kommandirt der General: „Fällt das Gewehr zur Attake!“ Das Regiment schreit: „Hurrah!“ und erstürmt die Batterie. Nun kommt der General der Kavalerie und giebt die Ordre:

Ulanen, sprengt nun das Quarree
Mit Tapferkeit an jener Höh'!

Und nachdem das Ulanenregiment mit „Hurrah“ das Quarree gesprengt hat, werden „die Husaren zur Verfolgung des fliehenden Feindes“ kommandirt und — die Schlacht ist gewonnen. Solcher Text ist schwer, wenn nicht unmöglich, in Musik zu setzen. Auch Hrn. Tschirch's Talent ist an dieser Aufgabe gescheitert; denn Trompeten, Pauken und alle übrigen Instrumente in vollem Aufruhr bilden noch kein musikalisches Schlachtgemälde, wenn nicht überhaupt ein solches mehr Charlatanerie als gediegenes Kunststreben ausdrückt. — Gelungen und effektvoll ist nur die Einleitung zum Schlachtgemälde für das Orchester; so kurz sie ist, so malerisch und phantasiereich ist sie dennoch.

Das nun eintretende „Arioso“, in welchem „die Liebe“ gefeiert wird, kontrastirt mit dem Vorhergehenden eben so sehr in der Form als in dem inneren Werth. Es ist ein schönes, mit Talent gearbeitetes Tonstück, voll Innigkeit und Leben.

Der Chor der Zecher erscheint, um den Sänger-Preis zu erringen. Auch er ist gut gearbeitet und von phantasiereicher Invention; er ist durchweg charakteristisch. Nur einen Fehler haben wir bemerkt, welcher die Wirkung ungemein lähmt, und zwar am Schlusse des Chores. Die Siegesgewißheit der Sänger steigert sich dort von Strophe zu Strophe, auf dem Gipfelpunkt derselben angelangt, singt der Chor in vollen, kräftigen Akkorden:

„Darum füllt die Becher All!!
„Stoßet an mit lautem Schall 2c.

Der Komponist hat diese Steigerung vortrefflich ausgedrückt, auf dem Punkte aber, wo der Hörer aufs Höchste gespannt ist, spukt plötzlich eine Fuge (Stoßet an mit 2c.) und erkältet das Gefühl auf unangenehme Weise. Ist dies eine Eigenthümlichkeit des Komponisten, so müssen wir uns ganz entschieden dagegen erklären, denn eine Fuge kann wohl die höchste Aufgabe der Harmonielehre sein, sie ist aber keinesweges das Höchste in der Musik. Hier aber ist sie ganz und gar nicht an ihrem Platze.

Der „Sängerstreit“, in welchen die verschiedenen Preisbewerber nun gerathen, hätte einen Sinn, wenn er ein komisches Intermezzo in dem Drama sein sollte. Eigentlich würde sich dasselbe wohl nicht in die ernste Dichtung passen, und Dichter sowie Komponist haben auch im Geringsten nicht an Komik gedacht, aber ein ernster Wortstreit paßt noch weniger in irgend eine Dichtung, denn er wird zum Gezänk, und dies ist unästhetisch. Schade, daß der Komponist so vielen Fleiß umsonst verschwendet hat, in musikalischer Beziehung sind hier viele gelungene Momente vorhanden.

Da löset ein von fern ertönender „religiöser Volksgesang“ auf ergreifende Weise den gordischen Knoten. Der choralartige Gesang ist in der That sehr schön und verdient wirklich einen Preis. Aber unbegreiflicher Weise hat der Komponist hier einen Fehler gemacht, der den ganzen Effekt vernichtet und der gewiß von den meisten Zuhörern am vorigen Sonnabende gefühlt worden ist. Kaum hat nämlich der unsichtbare Chor ein Paar Takte gesungen, so treten verschiedene Interjektionen des „Zechers“, des „Kriegers“ und des „Liebessängers“ dazwischen. Da jener (der Chor) im Hintergrunde, die Interpellirenden aber im Vordergrunde stehen, wird der ganze schöne Gesang überdeckt und man hört ihn fast gar nicht. Wie soll aber ein Gesang, der nicht gehört wird, gekrönt werden? — Der Komponist mußte unfehlbar erst den unsichtbaren Chor den Vers vollständig aussingen, und erst bei Wiederholung desselben die Interjektionen eintreten lassen.

Die religiöse Erhebung, von welcher nun alle Sänger ergriffen werden, ist in dem zweiten Verse „Stürze des Hasses finstere Schranken“, sehr kräftig und würdig ausgedrückt und hätte das Tonstück hiermit geschlossen, so hätte man wenigstens sagen können „Ende gut, Alles gut“, so aber kommt noch ein Schlußchor mit Vers 3, der leider matt und ohne Leben und Empfindung ist.

[Literarisches.] Die am 1. März ausgegebene Nummer V der zum Besten der allgemeinen Landes-Veteranenstiftung erscheinenden Zeitschrift: Der National-Dank, enthält unter andern interessanten und wichtigen Artikeln auch eine auf geschichtlichen Thatsachen begründete Widerlegung einer in der schwarzen Adler-Zeitung früher mitgetheilten entstellenden Nachricht über das Verhalten des Feldmarschalls Grafen v. Kalkreuth am Schlachttage von Auerstädt, in welcher es der Veteran General-Major a. D. v. Hake laut eines von ihm im Jahre 1809 geschriebenen und gegenwärtig in der Bibliothek des Kriegsministerii befindlichen Beitrages zur Geschichte des Blücherschen Korps den verletzten Manen des verewigten Felmarschalls versöhnende Genugthuung zu verschaffen und der Militär-Ehre das, was ihr gebührt, zu wahren unternommen hat. Auch bringt dieselbe Nummer als Illustration einer interessanten Erzählung des Veteranen Major v. Wangenheim die treue und wohlgelungene Kopie einer von dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm III. als Kronprinz am 27. September 1793 im Lager vor Landau gefertigten Zeichnung eines österreichischen Rothmantels, so daß diese Nummer, so wie die Zeitschrift im Allgemeinen, für jeden Militär und Patrioten von ganz besonderem Interesse erscheint.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau,** 2. März. [Allgemeine Versammlung des Gewerbevereins.] Nachdem die Sitzung durch Herrn Renner eröffnet war, referirte Herr Carlo über die fernere Thätigkeit der Ausstellungskommission, und erwähnte u. a., daß der Bau eines neuen Gebäudes, dessen Ausführung vielfach angezweifelt worden, nunmehr gesichert sei. Es wurde bereits eine Kommission für die Leitung des Baues und die Aufstellung der Gegenstände ernannt. Wegen Versicherung gegen Feuersgefahren hat sich die Kommission mit Assekuranzgesellschaften in Verbindung gesetzt. — Die Zahl der angemeldeten Gegenstände beträgt bereits über 1700; in einzelnen Städten der Provinz entwickeln die Gemeindebehörden eine außerordentliche Thätigkeit. Die Provinzialpresse widmet der Ausstellung jetzt ihre volle Aufmerksamkeit, und die Redaktionen der hiesigen Zeitungen haben mit ungeschwächtem Eifer das Unternehmen gefördert. Der Redner fühlte sich veranlaßt, den „Breslauer Zeitungen“ dafür den Dank des Gewerbevereins öffentlich auszusprechen.

Hierauf hielt Herr Prof. Göppert den versprochenen Vortrag über „Schlesiens Mineralprodukte vom Standpunkte der Industrie-Ausstellung“, welchem wir in Folgendem nur die Hauptgrundzüge entlehnen.

Es war im Jahre 1828, als der damalige Vorsteher des königl. Münzamtes, Herr Professor Müller, die Mitglieder der vaterländischen Gesellschaft anregte, ihrer Thätigkeit eine mehr praktische Richtung zu geben. Der Vorschlag wurde mit Freuden aufgenommen, und die technische Sektion gebildet, aus welcher später der Gewerbeverein hervorging. Man dachte schon damals, auf die Hebung der Industrie durch Gewerbeausstellungen einzuwirken. Aber während dieselben bisher kaum eine Uebersicht der breslauer Industrie lieferten, soll die jetzige Ausstellung die Gewerbsthätigkeit von ganz Schlesien würdig repräsentiren. Sie muß zugleich, wenn sie wahrhaft belehrend wirken soll, Gegenstände der Wissenschaft, Kunst und des Gewerbes umfassen. Es wird also an einer möglichst vollständigen Darstellung der Naturprodukte unserer Provinz nicht fehlen dürfen. Der Redner gab nun, nachdem er den Zusammenhang der Gebirgszüge Schlesiens geschildert hatte, eine Uebersicht derjenigen Gegenstände des Mineralreichs, deren Anwesenheit auf unserer Ausstellung höchst wünschenswerth erscheint.

Die Eintheilung der Gebirge nach ihren Bestandtheilen hat in neuerer Zeit viele Aenderungen erfahren, die als Verbesserungen zu betrachten sind. Werner theilte sie bekanntlich in Ur-, Uebergangs- und Flötzgebirge, aufgeschwemmtes und vulkanisches Gebirge. Jetzt werden dieselben mit Rücksicht auf ihre Struktur und ihre organischen Einschlüsse zunächst in ungeschichtete oder massige und geschichtete eingetheilt. In der ungeschichteten Gebirgsmasse finden sich bei uns der Granit, die Porphyre, Gabro oder Hornblendenstein, Serpentin, Basalt. In der Ablagerung der geschichteten ist eine gewisse Reihenfolge nicht zu verkennen (eine gewisse Altersfolge), so daß die Schichten und Gesteine einer jeden Epoche gewissermaßen ein geschlossenes Ganze ausmachen, unabhängig von den darunter oder darüber liegenden Massen. Ein solches Ganze bezeichnen man mit dem Namen Formation. Insofern nun die geschichteten Gebirgsarten aus massigen zusammengesetzt sind, müssen die Bestandtheile der ersteren auch eher vorhanden gewesen sein, als sie selbst. Es kann daher nicht verwundern, gewissen Mineralen in jeder Formation zu begegnen, wie Kalk oder Eisen.

Die ungeschichteten Gebirgsarten.

1) Granit, zusammengesetzt aus Glimmer, Quarz und Feldspath. Der hohe Kamm des Riesengebirges besteht meist aus Granit. Diese Gebirgsart erstreckt sich östlich in den Gegenden von Hirschberg, Schmiedeberg bis Kupferberg, westlich mit Gneus und einer Mittelbildung, Gneusgranit genannt, wechselnd und in selbige übergehend, indem das körnige Kristallgefüge überhand nimmt, und das schiefrige verschwindet. Ueberdies finden wir noch Granit in der Umgegend von Jauer, Striegau, Strehlen, Zobten und Schweidnitz. Die Benutzung des Granites von Strehlen, Zobten und Striegau ist bekannt. Interessant wäre eine Vergleichung mit dem Granit des Riesengebirges, die sich wohl leicht bewerkstelligen ließe. Hierher gehört auch der Granit einer anderen Formation, das lose, durch Fluthen oder Eismassen von Finnland, Schweden und Norwegen ausgegangene Gestein, durch den schönen rothen Feldspath und die bedeutenden Glimmermassen kenntlich, ferner die Kalkmassen, die seit Jahrhunderten in Sadewitz bei Oels und Sorau in der Niederlausitz ausgebeutet werden. Die gleichförmige Mischung der Granite erscheint manchmal aufgehoben, so daß der eine oder andere Bestandtheil vorwaltet, und davon die entsprechenden Namen enthält. Für die technische Benutzung sind dieselben von hoher Wichtigkeit. So z. B. Glimmer, Quarz, unkristallisirt, wie er im hirschberger Thale zwischen Schmiedeberg und Hirschberg u. a. O. sich vorfindet, ausgezeichnet für die Glasfabrikation, kristallisirt nur in kleinen Stücken, wie bei Strehlen und andern Strecken des Riesengebirges. — Das warmbrunner Kabinet des Grafen von Schaffgotsch und der Juwelier Bergmann besitzen viele dergleichen Steine, wie auch die grün gefärbte vielfach verbreiteten Rauchtopase, kolossale Kristalle von 1 Fuß Durchmesser, denen leider nur die Durchsichtigkeit fehlt. Die blau gefärbten Amethyste hatte der Redner zur Stelle gebracht. Eine andere Ausscheidung von hoher Bedeutung ist der Feldspath, der ebenfalls im hirschberger Thale bei Lomnitz in sehr großer Menge ausgebeutet wird. Dort findet man ihn auch in Form kleiner Kristalle, als schwarze Saphyre. Im Gneusgranit liegen die Magnet-, Kiesel- und Brauneisensteine, häufig bei Schmiedeberg, die Arsenikkiese und der Kobalt.

2) Gabro, ein Gemenge aus Kalkfeldspath und Bronzit oder Silberspath (schillernde Hornblende), den Gipfel des Zobten bildend, eignet sich zu verschiedenen Arbeiten, die sich durch schöne Politur auszeichnen, und härter als Marmor sind. Verwandt mit ihm ist der Serpentin, bei uns nicht in solchem Gebrauch, als er es wohl verdient. Am interessantesten ist der Chrisopras, eines der wenigen, Schlesien fast allein eigenthümlichen Fossile.

3) Porphyr, eine feste Kiesel- oder Feldspath-Thonmasse, in der sich Kristalle oder kristallinische Körper eingemengt finden. Die Beschaffenheit der Grundmasse entscheidet über den Namen. Interessant ist diese Gebirgsart, sowohl hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, als der schönen Kegelform, welche bei uns dem Mittelgebirge in der Gegend von Charlottenbrun bis Friedland, Schönau und Goldberg einen eigenthümlichen Reiz verleiht. Am höchsten findet er sich in Schlesien auf dem Hochwalde. Die rothen und grünen Sorten werden häufig zu Skulpturen verwendet. Der schönste aller Porphyrberge Schlesiens ist der Willenberg bei Schönau. Von dünnschiefrigem Thonschiefer umgeben, steigt er aus dem Thal der Katzbach auf, und erhebt sich mit runder Kuppel über alle naheliegenden Berge. Bis zur Hälfte ist er in dünnen senkrechten Säulen gespalten und stehen diese mehr als 60 Fuß zu Tage. Ohne Mühe kann man Säulenstücke von 4–6 Fuß ablösen. Die Säulenwand ist mehrere hundert Schritte lang sichtbar, und wahrscheinlich die ganze Masse des Berges auf ganz gleiche Weise gestattet. Der Porphyr besteht aus einer röthlich-braunen Grundmasse von Hornstein mit glasirtem Feldspatkristall. — Basalt, in Schlesien nur in zerstreuten kegelförmigen Massen sehr steile Berge bildend, die bei uns anfangend in westlicher Richtung sich quer durch Deutschland ziehen, am höchsten in den kleinen Schneegruben. Man sieht deutlich, wie er die ganze umliegende Gegend bei seinem Hereinbrechen mit gehoben. Wegen seiner ungeheuren Härte wird er jetzt nicht mehr zu Skulpturen, wohl aber zu Bauten verwendet. Jedenfalls verdient er die Beachtung der Aussteller. (Schluß folgt.)

R (Prüfung im lähner Spinnseminar.) Am 1. März haben wir einer interessanten Prüfung beigewohnt, bei der freilich nicht nach Euclid und Homer, wohl aber nach recht nützlichen praktischen Dingen geforscht wurde. Zwanzig Personen, darunter 7 Jünglinge saßen in einer reinlichen warmen Stube, in der sich zugleich Flachs- und Garnvorräthe, Lampen, Utensilien 2c. zur Ansicht vorfanden. Der zur Entlassung vorgeschlagene Theil der Lernenden mußte hecheln, auf dem ein- und zweirädrigen Spinnrad, dann wieder nur mit einer Hand spinnen, kurz alles einer Kommission deutlich vormachen, welche aus vier Mitgliedern bestand, worunter der Bürgermeister und evangel. Geistliche. Vom feinsten Garn, das ich sah, und welches der Lehrer selbst gefertigt, wog der Strähn $1\frac{1}{2}$ Loth, dagegen hat eine in Lähn wohnende Dame schon à 1 Loth gesponnen. Unter den Flachssorten wurden zwei belgische und zwei im Bober geröstete Proben vorgelegt; nur geübte Kenner vermögen den Unterschied wahrzunehmen, während früher selbst der Laie sogleich den bessern erkannte; beim Spinnen selbst macht sich der belgische besser.

Bei der näheren Besprechung über die Wirksamkeit des Spinnseminars, wurden wir von der Zweckmäßigkeit so überzeugt, daß uns die Theilnahmlosigkeit der Landleute höchlichst befremdete und ärgerte. Man muß diese Art Leute, welche ewig über unabwendbare Noth klagen und doch nichts selber zu deren Hebung beitragen, fast verachten. Hält man das ewige Klagen über die Arbeitslosigkeit der Arbeiter diesen faktischen Erscheinungen des Undankes gegenüber, wie es in Bezug auf die Verbesserung der Leinen-Industrie überall der Fall ist, dann kann man nur beklagen, daß die Regierung nicht wie bei der Kartoffel-Einführung mit größerer Strenge verfahren kann.

Es versteht sich von selbst, daß manche Orte rühmliche Ausnahmen machen, so lag z. B. eine Korrespondenz aus Bunzlau vor, einer Stadt, die das Segensreiche solcher Anstalten anerkennend, am heutigen Tage eine Spinnschule begonnen und wiederum mehrfaches Spinngeräth bestellt hat.

Die lähner Zöglinge sahen gesund und zufrieden aus; es befanden sich Frauen von gereiften Jahren, aber keine älteren Männer dabei. Mit Befriedigung nimmt man die persönliche Thätigkeit der Kommissions-Mitglieder und ihre erlangte technische Ausbildung wahr; denn sie wußten immer recht wohl, selbst ohne den Spinnlehrer, was gut oder nur mittelmäßig ausfiel und beurtheilten laut jede Leistung.

Das Wichtigste über dieses Seminar und die außerdem bestehende Kinderspinnschule werden wir nächstens nach offiziellen Angaben noch besonders zusammenfassen.

Berlin, 3. März. [Patente.] Dem Hutfabrikanten J. A. Schmidt zu Berlin ist unter dem 28. Februar 1852 ein Patent auf eine Maschine zum Bügeln und Appretiren der Seidenhüte in ihrer ganzen Zusammensetzung, ohne Jemanden in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden. — Dem Kaufmann W. Elliot zu Berlin ist unter dem 28. Februar 1852 ein Einführungspatent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, in ihrem Zusammenhange als neu und eigenthümlich erkannte Maschine, um Zucker vom Syrup zu befreien, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.